

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis monatlich 1.80 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 1.60 Mark. Erscheint wöchentlich je einmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion und Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Bezugspreis: Halberstädter Tageblatt, Post-Verlag, G. m. b. H., Beerenmoosweg für Postzeit und Briefkasten-Adresse Wolkensburg, für den letzten Teil Witzig-Rinbermann, für Postzeit und Inland-Zeitung für Postzeit, sämtlich in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtpfeilige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Werbeanzeige 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Wochentag ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 20 Wabeburg 4626 und Volksbuchhandlung (Seigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 132

Mittwoch, den 8. Juni 1932

7. Jahrgang

Linkskurs in Frankreich.

Herriots Programm. — Gemeinsame Vertrauenskundgebung der Radikalen und Sozialisten mit großer Mehrheit angenommen.

Paris, 7. Juni. (Gg. Draht.)

Die Regierung Herriot hat sich am Dienstag nachmittag dem Parlament vorgestellt. Im Senat verlas Justizminister Renaud, in der Kammer Ministerpräsident Herriot die Regierungserklärung. Vorher hielten in beiden Häusern die Präsidenten Jeanneney und Bouisson ihre Antrittsreden. Das Haus und die Tribünen waren außerordentlich stark besetzt.

Kammerpräsident Bouisson machte in seiner Antrittsrede unter großem Beifall der Linken folgende Anspielungen auf die Ereignisse in Deutschland:

„An der umfangreichen antideмократischen Verschwörung, die sich von Land zu Land in der Welt zu organisieren scheint, nimmt Frankreich nicht teil. Wenn auch eine Krise seinen materiellen Interessen abträglich sein könnte, so würde es doch nicht an der Wahrheit von Grundgesetzen zweifeln können, die zugleich auf der Vernunft und der Gerechtigkeit beruhen. Das parlamentarische Regime schließt weder den Zweifel an die Einheitsbestimmtheit noch die Suche nach neuen und kühnen Lösungen aus. Gerade in schwierigen Zeiten kann sich das parlamentarische Regime am wirksamsten zeigen. Das Parlament vermag viel, wenn es das Instrument des Volkswillens bleiben will. Aufgabe des Parlaments ist es, ein Beispiel für die Methode und Selbstbeherrschung zu geben.“

Herriot

verlas anschließend eine Botschaft des Präsidenten Lebrun, in der die Treue zur Verfassung bekräftigt wurde und anschließend eine sehr lange

Regierungserklärung.

aus der folgende Stellen zu ersehen sind: „Die neue Regierung ist gebildet, um den Interessen Frankreichs nach den edelmütigen Traditionen unserer Demokratie, die sie auf jede Art verteidigen wird, und im Einklang mit einer internationalen Ordnung zu dienen, deren Ausbau sie für notwendig hält, um die höchste Wohlfahrt, den Frieden, zu garantieren. (Großer Beifall links und in der Mitte.) Am Innern stehen wir einer sehr ersten finanziellen Lage gegenüber. Die unvermeidlichen Opfer, die jeder einem härteren Schicksal entgegenstellen muß, werden nach einem Plan der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit vorgeschlagen werden, der den Gesetzen der Demokratie entspricht. (Großer Beifall links und in der Mitte.) Wir wollen der Arbeiterschaft ihre Rechte garantieren. An dem

Respekt vor allen Gewerkschaftsmitgliedern

festhaltend, glauben wir, daß die Republik alle Anstrengungen begünstigen und leisten muß, die dazu bestimmt sind, eine bessere internationale Organisation der Arbeit zu schaffen. Wir werden an den fundamentalen Grundgedanken der Sozialversicherung nicht rütteln lassen. Mehr aus moralischen als aus politischen Gründen werden wir

dem Arbeiter zu Hilfe kommen, der seines Brotverdiens bedürftig ist.

Wir haben daher bereits jetzt beschlossen, die Sechsmonatsgrenze für die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung abzuschaffen. (Großer Beifall links.) Wir halten uns für verpflichtet, den wirklichen Arbeitslosen und den Kurzarbeitern die notwendigen Unterhaltungen zu gewähren. Die Sozialversicherung kann nach unserer Ansicht nur auf Gerechtigkeit und Solidarität aufgebaut sein. Auf geistigem Gebiet bleiben wir

der weltlichen Schule treu

und wollen schon jetzt die Unentgeltlichkeit des sogenannten Mittelschulunterrichts einführen, um allen Kindern Frankreichs den Weg zum Wissen zu öffnen. Zum Zwecke der Beirathung werden wir einen Amnestieentwurf für politische Vergehen einbringen.

Ein außerpolitisches Gebot

wird sich die Regierung von der so bringenden Notwendigkeit leiten lassen, den Frieden auf einer allgemeineren Organisation Europas und der Welt aufzubauen. Sie wird alles, was in ihren Kräften liegt, tun, um an der politischen Entspannung, der landwirtschaftlichen Verständigung und der moralischen Wiederaufbau beizutragen.

Was die Reparationen anbetrifft,

so kann Frankreich nicht Rechte bestreiten lassen, die sich nicht nur aus Verträgen, sondern aus vertraglichen Ermahnungen ergeben, welche durch die Verantwortlichkeit der Unterzeichneten gebildet sind. (Beifall in der Mitte und rechts.) Die Frage muß wiedereröffnet werden, wenn man sich darüber Rechenschaft ablegt, daß es Regierungen wie die unfruchtbar, die in den Weltkriegen und in den Zuständen des Friedenszustand schaffen wollen, die einen aufrichtigen Appell an

alle Gewissen richten und die alle diejenigen zu sammeln suchen, die mit uns der Meinung sind.

daß der Krieg ein ungeheures

gegen das Völkerverbrechen verübt worden ist. Für dieses Verbrechen bitten wir um Ihr Vertrauen.“

Die Regierungserklärung fand auf der Linken lebhaften Beifall.

Der Kammerpräsident verlas anschließend eine von den Abgeordneten Hesse und Schmidt eingebrachte

Tagesordnung, die von den Radikalen und Sozialisten

ausgearbeitet worden war und folgendermaßen lautete:

„Die Kammer billigt die Entlassung der Regierung. Sie hat zu der Regierung des Bartrouen, daß sie eine Politik befolgt, die dem kühnlich von der Mehrheit des Landes ausgeübten Wunsch entspricht, lehnt jeden Zufall ab und geht zur Tagesordnung über.“

Am Namen der radikalen Linken erklärte der frühere Minister Laurent Eynac, daß seine Partei für die Regierung stimmen werde.

Leon Blum

legte dann die Gründe aus, aus denen die Sozialisten für die Tagesordnung stimmen würden. Er erklärte, die Regierung Herriot sei auf Grund der Wahlen gebildet worden, die zu der Verschärfung der Parteien der sozialen Reaktion geführt habe. Das sei die Sanftmütigkeit der Sozialisten, die an für einen bedeutenden Anteil genommen haben, würden für die Regierung stimmen. weil sie in ihren Augen diese Sanftmütigkeit verlorener und weil sie glauben, daß die Früchte aus diesem Siege ziehen könne. Die Sozialisten möchten nicht verschweigen, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und ihnen weiter bestehen können. Die Sozialisten hätten weder ihre Zustimmung über die neue Regierung, die den internationalen Verhandlungen gegeben werden müßte, noch über die Maßnahmen, die die Regierung der Wirtschaftspolitik und zur Befestigung des Friedens ergreifen werden müßten. Sicherlich könnte das Zentrum und die Rechte ihre Stimmkraft mit denen der Sozialisten vereinigen, aber selbst unter dieser Voraussetzung seien die Stimmen

der Sozialisten gegen das Zentrum und die Rechte gerichtet. (Lebhafter Beifall links.) Die Sozialisten würden jedesmal für die Regierung stimmen, wenn sie durch ihre Handlungen den Willen zum Ausdruck bringe, den die Wählererschaft beauftragt habe. (Lebhafter Beifall links.)

Am Laufe der Debatte über die Regierungserklärung kam es zu einer

scharfen Abrechnung Herriots mit Tardieu.

Dieser hatte an den Ministerpräsidenten die Frage gerichtet: „Wenden Sie in Genf an dem von mir verteidigten Standpunkt in der Abstrichfrage festhalten?“

Herriot erklärte, er habe die Doktrinen der Regierung in Bezug auf die Abstrichung mit genügender Klarheit in der Regierungserklärung auseinandergesetzt. Er halte an der These der Sicherheit fest, die Tardieu nur von ihm übernommen habe. Klarer könne er sich im Augenblick nicht ausdrücken. Er wolle sich auf keine weitere Debatte darüber einlassen und er möchte sich lieber als Regierungsminister Tardieu anfragen, als die Interessen des Landes schädigen. Wenn Tardieu glaube, daß die Erinnerung an seine Wahltournee glücklich gewesen sei, dann wünsche er sich. Am übrigen frage er, warum Tardieu immer nur von dem Kartell der Linken, aber niemals von dem Kartell der Rechten spreche. Wenn er seinen Gedanken freien Lauf lassen würde, dann würde ihm die Antwort sehr leicht fallen. Aber er beherrsche sich und werde schweigen. Es werde jedoch ein Tag kommen, an dem der Finanzminister die Tribüne besteigen und sein Schweigen erklären werde.

Die Rede Herriots wurde mit stürmischen Beifall von der Linken aufgenommen.

Links gegen rechts.

Mit 390 gegen 152 Stimmen des Vertrauens ausgesprochen.

Paris, 8. Juni. (Gg.) Die französische Kammer sprach im Anschluß an die Aussprache über die Regierungserklärung dem neuen Kabinett mit 390 gegen 152 Stimmen das Vertrauen aus. Aus dieser Sitzung ergab sich, daß die gesamte Linke, von den Sozialisten bis zu den Radikalen, für die Regierung, die linksrepublikanische und die Rechte gegen sie gestimmt haben. Die hinter der Regierung stehende Mehrheit ist also eine reine Einkammergeheit.

Das braune Heer.

Die Prätorianergarde der Barone.

Hoher Besuch bei Papen.

Am Dienstag um die Mittagszeit wurde in der Reichshaus der hohe Besuch.

Der dem Eingang hielt ein Wagen mit der Nummer AI 3784. Der linke Koffizier des Mercedes trug eine Panzerkruzfahrer. Am Wagen selbst befand sich außer dem Chauffeur ein Begleitmann, Typus Köhler. Wer möchte es sein, der Herr von Papen einen Besuch abstattete? Oder inspizierte er ihn gar? Endlich, nach anderthalb Stunden erschien der Hauptinsasse des Autos, selbstverständlich mit seiner Panzerkruzfahrer am Kopf. Und wer war es? Kein anderer als Herr Köhler in höchst eigener Person. Schmunzelnd fuhr er davon. Warum — das ist natürlich kein Geheimnis und das des Herrn von Papen hat seiner Auftraggeber. Über die Hugenbergpresse weiß heute morgen schon das Rätsel Lösung:

Die Hitler-Soldateska wird neu kostümiert.

Für Ende dieser Woche sei die Fertigstellung einer Notverordnung des Reichspräsidenten zu erwarten, durch die die Notverordnung zur Aufhebung der SA-Organisation aufgehoben werde. Die neue Notverordnung werde besondere Maßnahmen für die Wiederherstellung der Nazi-Organisationen in etwas veränderter Form vorsehen. Gleichzeitig würden auch neue Bestimmungen über das Uniformtragen herausgegeben werden, die sich sowohl auf die nationalsozialistischen Organisationen wie auf den Stahlhelm beziehen. Während bisher die SA braunes Hemd und Spöge getragen habe, werde nunmehr über dem braunen Hemd noch ein Uniformrock getragen, der im Schnitt ganz denen der englischen Armee ähnlich sei. An die Stelle der Bärenfelltröte der braunen lange Schaftstiefel. Das Lederzeug der SA werde, wie bisher, braun sein. Ob die bisherige Uniformform bleibe, sei noch nicht bestimmt. Möglicherweise kommt an ihre Stelle die Reichswehrmütze in brauner Farbe. Die

Mäntel seien ebenfalls braun gehalten. Die SS trage dieselbe Uniform wie die SA, nur seien ihr Waffenrock und Lederzeug schwarz. Sonntags werde außer Dienst eine lange schwarze Spöge getragen. Röhre schwarz mit Totenkopf.

Für die Rekonstruktion der SA scheint auch in einer Zeit, in der die Polizei ihre alten Mäntel und Uniformen auftragen muß, Geld genug da zu sein.

Die Zulassung einer so kolonialisierten Privatarmee, bemerkt der „Vorwärts“ zur Meldung der Hugenberg-Preße, wäre ganz einfaßig ein Verbrechen gegen den Staat und alles Blut, was von ihr vergossen wird, käme über das Haupt einer Regierung, die ihr die Erlaubnis zum Machfahren gibt.

Papens Notverordnung.

Die Notverordnung über den Gesamtantrieb der Arbeitslosenhilfe wird, wie die Reichspressen mitteilen, für Montag nächster Woche ermartet. Die über eine Zusammenfassung der verschiedenen Versicherungsmöglichkeiten in der Hintergrund getreten gegenüber der Ansicht der Reichsregierung, die Kontrolle zu behalten, die Gemeinden aber härter beizuzuziehen und vor allem die Unterhaltungsgebühren, die in den einzelnen Versicherungsklassen zwischen 54 und 50 Mark im Durchschnitt lägen, weiter zu lenken. Die Erparnisse, die dadurch ermöglicht würden, seien sehr beträchtlich. Von der sofortigen Einführung einer Bedürfnisprüfung ist zu erwarten, daß sie in Betracht genommen. Das Kabinett werde nicht die ursprünglich geplante Beschäftigungshilfe einführen, aber eine ähnliche vielleicht nur an anders bekannte und statt um 1.5 Prozent nur auf 1 Prozent bemessene Abgabe, die gleichfalls von allen Beamten und sonstigen Festangestellten, erhoben werde. Der neue Etat werde in einer besonderen Notverordnung geregelt.

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Es wird nicht reformiert, es wird nur an den Leistungen abgebaut.

Keine Reichshilfe für Preußen.

Dann müssen andere Wege gesucht werden. Am Dienstag zwischen der Reichsregierung und der preuß. Staatsregierung geführten Verhandlungen über die Ueberweisung eines Betrages von 100 Millionen durch das Reich an Preußen, sind negativ verlaufen. Die preußische Staatsregierung wird nunmehr den Etat auf dem Wege der Vorrückung in Kraft setzen und den Höchstbetrag von sich aus auszuschießen versuchen. Nachdem das Reich sich geneigt hat, die zugelegten 100 Millionen Markt zur Verfügung zu stellen, ist die preußische Staatsregierung gezwungen, selbst Mittel zum Ausgleich des Etats zu beschaffen.

Das preußische Staatsministerium hielt am Dienstagabend eine mehrtägige Beratung ab, die sich mit der auf dem Scheitern der Finanzverhandlungen sich ergebenden Lage beschäftigte. Die Besprechungen zogen sich bis in die Nachtstunden hin und werden am Mittwoch vormittag fortgesetzt werden.

Zurück zum Dreiklassenwahlrecht

Auf dem Hamburger Verbandstag des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes wurde der bisherige dreiklassenwahlrechtliche Wahlrecht die folgende Entschliessung: „Die reaktionären Kreise seien bereit gewesen, die Politik der Unterlegenheit unter einer Bedingung: die Befestigung der Verbindlichkeitserklärung und der Schiedsgerichte. Arbeitsminister Siegerwald habe daraufhin erklärt: „Da fehlt ja nur noch eins, nämlich die Einführung des Dreiklassenwahlrechts. Die Bestrebungen können nur eingeführt und durchgeführt werden über meine Seele.“

Das Wort trifft ins Schwarze! Anführung der Arbeiter, Arbeiter des Herrenhauses der Junker, und das alte Dreiklassenwahlrecht, bei dem ein Vorkandidat ein tausendjähriges Wahlrecht hat gegenüber dem Arbeiter!

Das wollen sie — daran müssen wir sie hindern!

Kampfbereit.

Der Parteiausflug der Sozialdemokratie besahe sich am Dienstag unter dem Vorhug von Otto Wels mit den jüngsten politischen Ereignissen, über die Reichstagsabgeordneter Reichsdeputierter ein eingehendes Referat erstattete. Die Aussprache, die insbesondere dem bevorstehenden Wahlkampf galt, zeigte hinsichtlich der Führung dieses Kampfes gegen den Faschismus völlige Uebereinstimmung und entschlossenen Kampfeswillen. In seinem Schlusswort gab der Führer der Partei Otto Wels der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Sozialdemokratie auch die bevorstehenden Kämpfe erfolgreich überleben werde.

Hitler in der Zange.

Am die Silberjubiläum. München, 7. Juni. (Sp. Draht.) Vor dem Münchener Schwurgericht begann am Dienstag ein Weinedsprozess gegen den Berliner Schriftsteller Werner Abel, einen einstmals in politischen Rechtsstreifen sehr viel beschäftigten Mann. Das Vorbild des Prozesses reicht bis in die Tage des Reichstagswahlkampfes 1928 zurück. Damals hatte der deutschhässliche Herr von Grass in seinem Blatt behauptet, Hitler habe Süd-Tirol verraten und der Preis dafür sei eine recht beträchtliche Unterführung der Faschistenpartei mit italienischen Sire gewesen. In dem darauf folgenden Weinedsprozess mißfiel der Wappenschildermeister und Grafie sowie viele angelegte Redakteure der „Münchener Post“ und des „Bayerischen Kurier“, die die Entschuldigungen Grases nachgedruckt hatten, wurden zu sehr hohen Geldstrafen verurteilt.

In der Berufungsinstantz wendete sich das Blatt. Die Angeklagten brachten einen neuen Zeugen herbei, den jetzt angelegte Werner Abel, der mit aller Bestimmtheit unter Eid behauptete, selbst dabei gewesen zu sein, wie der italienische Faschist in einem Brief an Hitler er sei in München Hitler zugesichert wurde. Zwischen Göring, Hitler und Miquorati habe dann eine Besprechung stattgefunden, deren Protokoll wiederum Abel selbst gelesen haben will. In diesem Protokoll heißt es, daß über Geldlohn gesprochen wurde und daß die italienischen Faschisten großes Interesse am Entarten des deutschen Faschismus hätten und bereit seien, ihm sofort Geldlohn als auch politisch zu helfen. Abel behauptete, aus mündlichen Mitteilungen Miquoratis zu wissen, daß

Mallen Geld an den Silberkreis gegeben hat. Nach diesen Entschuldigungen Abels lag der Weinedsprozess in der zweiten Instanz aus. Hitler und die Seinen ließen darauf gegen Abel ein Weinedsverfahren einleiten. Sie behaupteten, Miquorati sei gesehen, nicht getannt und nie mit ihm zu tun gehabt zu haben. Eine zweite Weinedsinstanz gegen Abel folgte auf seine Zustufung vor dem Berliner Ermittlungsrichter am 28. Januar 1930. Abel hat dort ausgeführt, während einer Ende 1932 in Landsberg am See verübten Gefangenschaft mit dem in den Hitlerputz der weitesten früheren bayerischen Justizminister und jetzigen Generalstaatsanwalt Dr. Roth zusammengekommen zu sein, wobei Roth ihm erzählt habe, daß nach seiner Kenntnis jener Oberleutnant Braun, der Führer der Waffenvereinigungen der Einwohnerveterane, der Arbeiter des sozialdemokratischen Abgeordneten Garsis sei. Roth habe ihm weiter gesagt, daß Braun nach der Zeit unter fiktionsloser Duldung der Regierung nach Ungarn abgeholt wurde. Auch bezüglich dieser Ueberführung sei die Anklage, daß sie benutzt umzuher sei und daß eine beratende Unterredung nie stattgefunden habe.

Hitlers Helfer.

Die Kommunisten bemühen sich seit Jahr und Tag redlich, durch eine sinnlose Politik den Nationalsozialisten die Hebel in die Hände zu werfen. Auch haben sie es Hitler fürstlich leicht gemacht, immer wieder mit Spießbürger einzunehmen. Neuerdings ist das Gerücht in Umlauf, die kommunistische Partei organisiere Hungerrmärsche und Geschäftspfländerungen mit Hilfe von Arbeitlosen. Offensichtlich haben gewisse Leute ein Interesse daran die Notwendigkeit der Verhängung des Ausnahmezustandes der Defektheit begreiflich zu machen. Auch will man allen Ansehen in verdächtigten Gemütern beweisen, daß eine besondere Selbstpolitik dringend notwendig sei. Propaganda sollen bei den Kommunisten sehr eifrig Stimmung für Hungerrmärsche und Wühlendaktionen machen.

Die Wahlen liegen vor der Tür. Hitler braucht unbedingt eine neue Mehrheit. Wenn die SPD nicht von allen guten Geistern verlassen ist, so ist sie verpflichtet dafür, daß das Gerücht über Wühlendaktionen verflamme.

Die Barone und Preußen.

Sie schneiden die Regierung und verhandeln mit dem Nazi-Landtagspräsidenten.

Herr von Papen hat den Präsidenten des Preussischen Landtags, Kerl, brieflich um die baldige Einberufung des Landtages ersucht. Trotz seiner Feindschaft gegen die „Parlamentsdemokratie“ wünscht er in Preußen möglichst bald eine parlamentarische Regierung, weil ihm das Gefühl der gegenwärtigen geschäftsführenden Regierung Hirtsfelder nicht paßt. Die Nazi-Barone haben mit ihrem Brief einen äußerst bedeutungsvollen Weg, einen Weg, der mit Gesetz und Verfassung geradezu unvereinbar ist.

Das Reich hat nicht mit den Landtagen der einzelnen Länder, mit deren Präsidenten zu verfahren, sondern ausschließlich mit deren Regierungen. Daß die preussische Regierung zurecht nur eine geschäftsführende ist, entbehrt auch den Schattensanker der Nazi-Barone in keiner Weise der Verpflichtung, seine Wünsche und die seiner Auftraggeber bezüglich Preußen an die geschäftsführende Regierung und nur an sie zu richten. Der Zustand geschäftsführender Minderheitsregierungen, die nur deshalb nicht ersetzt werden können, weil keine arbeitsfähige Koalitionsmehrheit vorhanden ist, die einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen vermag, besteht in Preußen erst seit Monaten. Aber am 1. Januar dieses Jahres herrschte schon seit Monaten, ja sogar zum Teil schon fast Jahren in einer ganzen Reihe von anderen Ländern, so in Bayern, in Sachsen, in Hessen, in Hamburg und in Württemberg. Noch nie ist es einer Reichsregierung eingeleitet, bei ihrem Versteck mit diesen Ländern die geschäftsführenden Regierungen zu übergehen und sich etwa an die Präsidenten der Länderparlamente zu wenden. Wenn die von der Schwerindustrie ausgehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die neuerdings als offizielles Blatt der Reichsregierung angesprochen werden darf, trotz dem, den traurigen Mut hat den Schritt der Nazi-Barone damit zu begründen, daß der Landtagspräsident gegenwärtig die „einzige verfassungsmäßig volltätige Stelle“ in Preußen sei, so ist das ebenso dreist wie unnah. Einstweilen ist Herr Kerl nur auf vier Wochen gewählt und es hängt schließlich von den Kommunisten ab, ob er in vierzehn Tagen als Landtagspräsident bestätigt wird. Aber ganz abgesehen davon, stellt die Besatzung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Versuch dar, die Verfassungsmäßigkeit der geschäftsführenden Regierung Preußens zu verneinen und damit auch die Verfassungsmäßigkeit der gegenwärtigen Regierungen Bayerns, Sachsens usw.

Die Regierung der Nazi-Barone, hinter der überhaupt nichts steht, jedenfalls viel weniger, als hinter gegenwärtigen geschäftsführenden Landesregierung, hat am allerwenigsten das Recht, sich auf hohe Rufe zu setzen, zumal ihre eigene Entstehung zumindet mit dem Geist der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Der Konflikt, den sie im Begriff steht, nicht nur in Preußen, sondern in den meisten deutschen Ländern heraufzubeschwören, kann nur abgehört folgen, was sie nicht wissen. Das preussische Staatsministerium hat gegen den Schritt Papens bei Kerl bereits scharfe Verwahrung eingelegt. Der eigentliche Zweck des Briefes der Nazi-Barone an Kerl

Der Streit um die Nachfolge Otto Brauns.

Der preussische Ministerpräsident hat, wie wir gestern schon mitteilen, und wie heute amtlich bestätigt wird, einen längeren Urlaub angetreten und Hirtfelder mit seiner Vertretung beauftragt. Aus der Initiative, die Herr von Papen auf Veranlassung der Reichsregierung der Nazi-Barone hinsichtlich der Neuwahl eines preussischen Ministerpräsidenten hat antizipieren lassen, war bisher, abgesehen von seinem Brief an den preussischen Nazi-Präsidenten des Preussischen Landtags, noch nicht viel zu vernehmen. Mit dem Zentrum waren bis Dienstagabend irgendwelche Verhandlungen nicht eingeleitet und auch nicht verabredet. Abgesehen davon dürfen Herr von Papen derartige Verhandlungen nach unseren Informationen kaum gut bekommen.

Im Zusammenhang mit den angeführten Bemühungen des Schattensankers der Nazi-Barone meldete die Berliner Reichspresse am Dienstagabend, daß als Kandidat für die preussische Ministerpräsidentenwahl der Vorliegende der deutschnationalen Landtagsfraktion, ein Herr von Zentrum, in Aussicht genommen ist. Aber diese Kandidatur war kaum genannt, als die Nazis erklärten, daß sie nur für einen Nazi-Ministerpräsidenten stimmen würden, während das Zentrum dabei bleibt, daß es den Nazis niemals den Landtagspräsidenten und den Ministerpräsidenten zugehen würde. Papens Diplomatie auf dem Gebiet der Innenpolitik ist also bereits festgefahren, nachdem er kaum den ersten Schritt dazu getan hat.

Die Jugenberger entschuldigen sich.

Wie sie den Nazis nachlaufen, geht aus ihrer deutschnationalen Erklärung hervor: Seitens der DNVP ist ein Antrag auf das Amt des preussischen Ministerpräsidenten nicht erhoben worden. Verhandlungen über die Bildung des neuen Preussenkabinetts sind untererits weder mit der DNVP noch mit dem Zentrum geführt worden. Warum die DNVP es für nötig gehalten hat, auf Grund leerer Pressefiktionalisation eine deutschnationale Ministerpräsidentenwahl im Voraus grundsätzlich abzulehnen, entzieht sich unserer Kenntnis. Wenn, wie es den Wünschen hat, die DNVP eine Veränderung der Verhältnisse in Preußen mit Hilfe des Zentrums erreichen will, so sieht die DNVP keine Veranlassung, dem Ergebnis dieser Beratungen vorzugreifen.“ Die geträufelte Harzburger Bekehrung.

Der neue Reichsarbeitsminister.



Dr. Hugo Schäfer, der bisherige Präsident des Reichsarbeitsamtes, früherer Krupp-Direktor, wurde zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Umstellung nach rechts.



Dr. Geib, Staatssekretär Dr. Geib vom Reichsarbeitsministerium und Ministerialdirektor Gen. Dr. Menzel vom Reichsministerium des Innern, früherer Polizeipräsident in Magdeburg, scheiden infolge der Regierungsumbildung aus ihren Ämtern.

Liebesgaben.

Das Kabinett Papen will, wie verlautet, eine Verordnung über den Verwendungsanspruch von Spirit im Treibstoff-Bereich erlassen. Geplant ist eine Erhöhung des Bezugsanspruches für Spirit im Interesse der ostelblichen Kartoffelbetriebe auf etwa 10 Prozent und zwar ohne jede Preisentlastung. Das Ministerium dürfte danach um rund 2 1/2 teuer werden. Man will die Wirtschaft neu belasten und den Großagraren Vorteile zuführen.

Im nächsten Landtag wies Innenminister Maier an Hand eines Rundschreibens der Nazis nach, daß die babilische SS nichts anderes als eine Spigelorganisation ist. Sie hat nach dem Rundschreiben die Aufgabe der Beobachtung der Freimaurerlogen, der Ueberwachung der SPD, der Sozialdemokratie und des Reichsbanners.

Riesenjumpf Deahem.

Am Deahemprozess beschäftigt man sich am Dienstag weiterhin mit der Zuteilung der Spargelder. Dieses Kapital der Deahem-Rückversicherung ist besonders dunkel. Die Anlage stellt fest, daß die Zuteilung der Spargelder nicht nur ordnungsmäßig erfolgt, sondern daß auch in vielen Fällen Zuteilungen an Personen erfolgten, die überhaupt keine Darlehensanträge hatten. Diese illegalen Manipulationen mit dem Gelde der Armen geschahen mit Hilfe fingierter Verträge, bei denen die Einzahlung durch Belastung anderer Konten insoweit in Ordnung ging. Auch mit dem Erlösen der Schiffslohnsteuer trat man den schlimmsten Mißbrauch, die Reaktions- und Beteiligungsverträge schloß den Berechtigten unentgeltliche Beträge zu. Wie das gemacht wurde, zeigt ein Beispiel: Die Heimstättenbank hatte auf Anweisung des famosen Bankiers Cremer und des „Generaldirektors“ Jeppel dem Bankhaus Hennings u. Co. eine Zahlung in Höhe von 288 000 M. zugeführt. Die Zahlung war unzulässig. Die Anlage behauptet nun, daß Jeppel und Cremer versucht hätten, durch einen fingierten Sparvertrag eine Darlehensvermittlung für Hennings u. Co. zu konstruieren, um so ein illegales Geschäft legal zu machen. Auf diese Weise gingen die Millionen der armen Sparer vor die Hunde und Herr Bankier Cremer gab dazu nicht nur seinen höchst unzulässigen Segen, sondern beteiligte sich auch aktiv an den Schleichungen.

Arbeiter-Wohlfahrt fordert.

Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V. hat auf seiner Tagung am 31. Mai 1932 in Berlin folgende Entschliessung gefaßt:

Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt protestiert gegen die bekannt gewordene Absicht, die Unterführungsstelle für die Arbeitslosen aller Gruppen weiter zu setzen. Bei der langfristigen Arbeitslosigkeit würde eine neue Kürzung zu einer völligen Verelendung vieler Volksgenossen führen.

Auch die beachtliche Senkung der Anwaltsentgelte wäre, noch dazu in einer Zeit, in der durch die große Arbeitslosigkeit die Rechte zu einem wichtigen Bestandteil für die Versorgung der Familie geworden ist, unerträglich. Der Abbau der Sozialversicherung würde lediglich zu einer weiteren Annahmehöhe der öffentlichen Fürsorge führen. Die Gemeinden sind aber nach der Lage ihrer Finanzen kaum mehr imstande, ihre heutigen fürsorglichen Aufgaben weiter zu erfüllen. Sie fordern zur Erhaltung der Fürsorge die Eiderstellung der Gemeindefinanzen durch Verschmelzung von Kriegen- und Wohlfahrtsverbandsbeiträgen und weitgehender Beteiligung des Reiches bei voller Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung und durch eine bessere Finanzierung der Arbeitslosenversicherung der Gemeinden durch das Reich, als bisher geplant ist.

Wir protestieren gegen eine Beschäftigungsteuer ohne untere Freigrenze und die normale Erhebung und Verhopfung der Bürgersteuer und verlangen ein nach dem Einkommen gestaffeltes Notopfer, das die unteren Einkommensgruppen frei läßt. Zur Sanierung der öffentlichen Kassen müssen Sparmaßnahmen auf anderen Gebieten wie denen der Sozialversicherung und Fürsorge durchgeführt werden.

Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt fordert eine wirksame Arbeitsbeschaffung. Er stellt gerade in der gegenwärtigen Stunde fest, daß die wirksamste Befämpfung der Arbeitslosigkeit in einer Politik des Fortschritts, in der außerordentlichen Beschäftigung und in der Ueberwindung des Faschismus liegt. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein Programm der Arbeitsbeschaffung Erfolg haben und die Versorgung der Arbeitslosen gesichert werden.

Das neue Direktorium des Memellandtages.



Der litauische Gouverneur für das Memelland hat jetzt dem Reichstag die Deutschen Rechnung getreten und anstelle der litauischen Regierung ein rein deutsches Direktorium eingesetzt.

Links: Dr. Schreiber, der Präsident des Direktoriums. Mitte: Szgajda, der frühere Landesdirektor, jetzt wieder Mitglied des Direktoriums. Rechts: Lehrer Walgahn, ebenfalls Mitglied des neuen Direktoriums.

Verfassungsfeiern verboten.

Der Mecklenburg-Strelitzer Landtag

hat am Dienstag mit den Stimmen der Rechten einen deutschnationalen Antrag angenommen, der das Verbot der Verfassungsfeiern am 11. August verlangt.

Am Anfang um einen Antrag der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen über den Tagungsort des Landtages wurde die Regierung beauftragt, einen entsprechenden Entschluß zu fassen, was in Zukunft der Landtag zu tagen habe.

Dazu bemerkt die Berliner Reichspress, die Absicht der Antragsteller, in Zukunft die Entwidmung des würdigen Heroldschlosses durch marxistische Reden zu verhindern, werde also durchgeführt werden.

Die „Gesellschaft für soziale Reform“.

Die am Dienstag in einer besonderen Tagung zum Problem der Erwerbslosen Auguste Schütz, nahm, hat an der Regierungserklärung Kaptein scharfe Kritik geübt, obwohl der neue Reichsarbeitsminister selbst Mitglied der Gesellschaft für die Reform, von Politik, erklärte: „Der moderne Staat ist ein Staat der Sozialpolitik. Er kann nicht ohne sie bestehen. Die Sozialpolitik gehört zu seinen Wesenseigenschaften, wenn sich die Erklärung der neuen Regierung in Wendungen ergeht, die sich als grundsätzliche Weisheit vor aller Sozialpolitik beuten lassen, so antworten wir darauf, eine solche Weisheit ist unmöglich. Es ist zu wünschen, daß der neue Reichsarbeitsminister Dr. Schäfer den furchtbaren Ernst der Lage und die ungeheure Aufgabe der Sozialpolitik zu würdigen weiß.“

Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten beträgt nach den Schätzungen der Bismarckgesellschaft gegenwärtig 10,5 Millionen. In England belief sich am 23. Mai die Arbeitslosenziffer auf 2.741.806; das bedeutet gegenüber dem 25. April eine Zunahme um 89.124 Arbeitslose. Das Inflationsexperiment und die scharfe Steigerung der Löhne haben also die Zunahme der Arbeitslosigkeit in England nicht unterbinden können.

Aus aller Welt

Wieder ein Kroatenführer ermordet.

Agrom, 6. Juni. In Agrom wurde Dienstagmorgen der bekannte Reichsbeamte Dr. Budak auf der Straße von drei jungen Serben überfallen und durch Stocherei derart schwer verletzt, daß er ins Spital gebracht werden mußte. Dort wurde sofort eine Operation vorgenommen. Dr. Budak ist jedoch seinen Verletzungen erlegen. Zuerst von den Mitaltern gelang es, zu flüchten, der dritte wurde verhaftet. Er ist Mitglied der tschechischen, dem Regime angehörigen Gruppe Jungtschechen. Dr. Budak spielte in der kroatischen Politik eine besondere Rolle. Er gehörte der tschechischen Richtung an und hatte starken Einfluß in der kroatischen Nationaljugend.

Panitz im Ruhrgebiet. In einem Ruhrort der Stadt Cleve (Land 1124) brach am Dienstag vormittag ein Großfeuer aus. Die Feuerschutz wurden von einer Panitz ergriffen und löschten auf der Gasse vor den Flammen an die Feuertreue der Hofeins. Die alarmierte Feuerwehr brachte 14 verletzte Personen ins Krankenhaus, 4 Menschen kamen in den Flammen um.

Schweres Aufsehen. Ein Autobus, der von Sels nach Prag fuhr, kam am Dienstag kurz nach der Abfahrt ins Gleiten und stieß mit einem Kraftwagen zusammen. Der stark besetzte Autobus überfiel sich und stürzte in den Straßengraben. Der Wagen wurde getrimmert, 29 Personen erlitten Verletzungen.

Der Prüßelprozess von Waldhof. Am weiteren Verlauf des Prozesses der Waldhofer Brigidanfall wurden sowohl die Angeklagten als auch der Direktor der Anstalt, Herr Müller, auf scharfe Scherle befaßt. Herr Müller wurde der Anstalt, Herr Müller, auf scharfe Scherle befaßt. Herr Müller wurde der Anstalt, Herr Müller, auf scharfe Scherle befaßt.

Die Klaret-Plädoyers. Im Klaret-Prozess wurden am Dienstag die Plädoyers vorgelesen. Rechtsanwalt Braubach sprach für den Angeklagten früheren Bürgermeister Kohl-Cöpenitz. Er richtete scharfe Angriffe gegen den Oberstaatsanwalt, dem er eine tendenziöse Behandlung der Prozessmaterie zum Vorwurf machte. Der Verteidiger beantragte für seinen Klienten Freispruch, da seine Vergehen nicht strafwürdiger Natur seien.

Mörder als Kindesräuber. An dem vierjährigen Dorfe Vrennanden führte sich ein Mörder auf ein vierjähriges Kind, das vor einem Bauerngehöft spielte, und stog mit ihm davon. Die gesamte Einwohnerzahl des Dorfes begab sich auf die Jagd nach dem Raubvogel und seinem Opfer. Nach neunmündigen Suchen gelang es, das geräuberte Kind in der Nähe des Wäldchens aufzufinden. Es hatte leichte Verletzungen erlitten.

Darfstenschnitten. Vor der Großen Strafkammer in Köln begann am Dienstag ein großer Darfstenschnittenprozess gegen einen 65 Jahre alten Kaufmann Gerhard Stüttgen und seinen Sohn. Beide haben sich wegen Betrugs in 10 Fällen zu verantworten. Die Angeklagten hatten sich von der Darfstenschnitten, an die Geld vertriehen, als Sicherheit Grundschuldbriefe geben lassen, die sie nicht auftragsgemäß vermerkten. Sie nahmen von ihren Opfern Zinsen bis zu 6 Prozent. Die Wechsel, gegen die sie das Geld liehen, wurden bei den Gezellen zur Einlösung vorgezeigt, noch ehe das Darfstens überhaupt gegeben war. Der Prozess, in dessen Verlauf eine große Anzahl von Zeugen vernommen werden, dürfte etwa zwei Wochen dauern.

Das neue System.

Mit Hakenkreuz und Freiherrnkron.

Die Mitglieder des Nationalsozialismus, die hirtlos und sinnlos hinter Hitler und den Seinen herlaufen, sollen nicht erfahren, daß das Kabinett der Barone getragen wird von der Partei Hitlers. Die Partei, mit der der nationalsozialistische Propaganda zu der Baronsregierung Stellung nimmt, heißt deshalb, daß die NSDAP, ihre grundsätzliche oder spezielle Haltung zum Kabinett Schäfer zur gegebenen Zeit festzulegen werde.“

Hitler will sich nicht offen engagieren, er will seine Pläne nicht sichtbar werden lassen, weil er sich sonst compromittieren würde. Das Kabinett der Barone soll weiter die Arbeit für ihn machen. Es soll für ihn agieren, und die nationalsozialistische Propaganda soll inzwischen weiter arbeiten, so als ob Hitler bei der Regierung der Barone nicht engagiert sei. Ganz so offen und dumm wird es die nationalsozialistische Propaganda ja nicht mehr betreiben, wie der Gauleiter von Mecklenburg, Silberbrand, der nach der Mecklenburger Wahl am Montag erklärt hat, daß von Mecklenburg aus mit einer Widerstandspolitik gegen das herrschende System in Reich begonnen werde! Die Grundnote der nationalsozialistischen Propaganda soll demnach bleiben: Wir haben keine Verantwortung, wir sind in der Opposition! Die Barone dürfen für die Nationalsozialisten regionalen und reaktionäre Maßnahmen ergreifen, sie dürfen für die Nationalsozialisten agieren, aber — blamieren sich nicht, mehr schönes Spiel! So werden wir die Barone gegen das herrschende System auf dem Wege in der nationalsozialistischen Propaganda schon noch erlösen. Aber das herrschende System, will sagen, die Regierung der Barone, das ist ihr System! Ihnen gehört die Verantwortung, und sie sind so zufrieden mit der neuen Reichsregierung, daß diese Zufriedenheit aus der gesamten nationalsozialistischen Presse nur zu deutlich hervorragt. Mit der größten Zufriedenheit wird festgestellt, daß die sogenannte Regierungserklärung die nationalsozialistische Propagandeelemente übernommen habe und damit die Propaganda der Nationalsozialisten außerordentlich erleichtert. Das wird mit diesem Dank akzeptiert. Die Herren Barone in der Regierung arbeiten für Hitler, so wie Hitler für die Herren Barone gearbeitet hat. Sollte das Ergebnis dieser Zusammenarbeit bei den Reichstagswahlen hinter den Erwartungen der Treiber zurückbleiben, so wird jetzt schon mit dem Gedanken einer zweiten Reichstagsauflösung

gespielt, bei der dann, um formell im Rahmen der Verfassung zu bleiben, die Auflösung erfolgen soll, nicht mehr, weil, wie die Regierung zur jetzigen Reichstagsauflösung lautet, die Zusammenfassung des Reichstages nicht dem Willen des Volkes entspricht, sondern weil die Baronsregierung ein Mißtrauensvotum erhalten habe. So soll das Bündnis zwischen Hakenkreuz und Freiherrnkron auf lange Frist fortgesetzt werden!

Unter diesen Umständen hüten sich die Nationalsozialisten, zu deutlich auf die sogenannte Regierungserklärung einzugehen. Sie ist ein heißes Eisen, da sie von sozialrationärem Geiste strömt. Mit dieser Regierungserklärung lassen sich die Verordnungen, die die Nationalsozialisten verweigerten Reichsgesetzen in ihrer Propaganda messen, scharf vorrechnen! So spricht die nationalsozialistische Presse bei ihrer Betrachtung über das sozialrationäre Programm der Regierung der Barone mit großem Schwulst sehr viel von Gott, von Nation, von christlicher Weltanschauung und vom Drachen Marxismus, aber nicht von so realen Dingen wie von den Unfähigkeiten der Sozialversicherung und gegen die Arbeitslosenunterstützung, nicht davon, daß die Hungerpeinliche über die Arbeiter geschwunden werden soll, nicht davon, daß die christlichen Arbeiter nur hoffen, die Landarbeiter noch unter das Niveau des politischen Wanderarbeiters herunterdrücken zu können. Die Nationalsozialisten sprechen von Gott — aber sie meinen die Sozialreaktion! Sie reden von Nation — aber sie meinen den Klassenkampf von oben. Sie brüsten sich mit ihrer angeblich christlichen Weltanschauung — aber sie wollen die Verelendung des Volkes! Die Nationalsozialisten sind so freundlich, so außerordentlich freundlich zu den Herren Baronen, die jetzt die Regierung bilden, daß niemand sich darüber wundern kann, daß sie ein solches Bündnis mit dieser Regierung eingegangen sind. Hakenkreuz und Freiherrnkron — in diesem System soll der Generalsangriff gegen das wertvolle Volk gescheitert werden.

Das bestellte nationalsozialistische Schlagwort „Das System“ hat jetzt einen ganz bestimmten Inhalt erhalten. Das System, das ist das Bündnis zwischen Hakenkreuz und Freiherrnkron, geschlossen im Auftrag der sozialen Reaktion gegen das wertvolle Volk, und die Nationalsozialisten sind die systemtreueste Partei, die man sich denken kann!

Der heimgekehrte Kriegsgefangene.



Der kleine böhische Ort Endingen am Kaiserstuhl feierte jetzt nach 16 Jahre langer Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Württemberg, den Wingerlöser Oskar Daubmann. Alle Gebäude des häßlichen Ortes hatten ihre Gebäude mit Schäden geschmückt. Laute waren aus der näheren und weiteren Umgebung herbeigekommen um den Festgasthoben zu feiern. Nur mit Mühe konnte sich der blumengeschmückte Wagen, in dem sich Oskar Daubmann mit seinen Eltern befand, durch die dicht gedrängte Menge Bahn schaffen.

Zur Verhaftung des irrsinnigen Muttermörders.



Ludwig Schöb aus Eutin.

Der in einem Anfall von Geistesgeistes die seine Mutter ermordete und die abgetrennten Hände der Leiche in einem Paket der französischen Postzeitung in Berlin übermittelte, konnte am Dienstagvormittag in einem Hause in der Wallstraße in Berlin festgenommen werden. Der geisteskrankte Mörder, der bereits seit Tagen umherirrte, hatte sich in die Wohnung des Bezirksrats Dr. Gutmann begeben. Die Tochter des Bezirksrats ließ Schöb ins Stur werden und benachrichtigte die Mordinspektion. Der geisteskrankte Mörder wird am Mittwoch in eine geschlossene Anstalt bei Babelsberg überführt werden.

Der Tod in der Laube. In einer Laube in Berlin-Kangsdorf entfiel in der Dienstagvormittag ein Brand, bei dem eine Frau 10 schwere Verletzungen erlitt, daß sie nach ihrer Entlassung ins Krankenhaus verlegt wurde. Die sieben Kinder der Unglücklichen konnten sich im letzten Augenblick in Sicherheit bringen.

Lindear-Bilanz.

Die Lindear-Fahrradwerke A. G., Berlin-Richterfelde, ein Unternehmen der freien Gewerkschaften, hat sich im vergangenen Geschäftsjahre gut gehalten. Die Krise wirkte sich im Fahrradgeschäft besonders aus. Fahrradfabriken, die auch über reichliche Nebenabteilungen verfügten, litten unter Druck des Kaufkraftschwunds vor die Hunde gegangen. Demgegenüber weist die Lindear nur einen Verlust von 178.000 Mark aus. Der Verlust bewegt sich in der Höhe des Jahresends. Das Kapital brauchte nicht angegriffen zu werden. Immerhin ist das eine Leistung, die sich angesichts der schweren Lage bei den Fahrradfabriken lesen lassen kann.

Die Bilanzsumme hat sich von 5,39 Millionen Mark im vorigen Jahr auf 4,96 Millionen Mark verringert. Auf der Aktivseite sind keine größeren Veränderungen zu sehen. Bei den Passiven usw. ist ein Zugang im Jahre 1931 so gut wie nicht zu verzeichnen. Waren- und Materialportale sehen mit 1,064 Millionen zu Buch gegen 1,169 Millionen Mark im vorigen Jahr. Die Aufwände sind von 2,9 Millionen Mark auf 2,479 Millionen Mark zurückgegangen. Bemerkenswert ist, daß sich bei Lindear im Krisenjahr die Bargelagen gesteigert haben.

Auf der Passivseite ist der Reservefond von 151.000 Mark auf 161.000 Mark gestiegen. Die Gültiger stellen sich auf 2,802 Millionen Mark gegenüber 3,112 Millionen Mark im Vorjahr.

In der Ertragsrechnung wird der Warenumsatz (Abverkauf) mit 2,488 Millionen Mark angegeben gegenüber 3,670 Millionen Mark im Jahre 1930. Bei Lindear hat also eine Umsatzminderung um ungefähr ein Drittel stattgefunden. Dem entspricht der Rückgang der Gegenposten, mit Ausnahme der Kosten für die Stillen, die für 1931 mit 326.000 Mark angegeben werden gegenüber 386.000 Mark im Jahre vorher. Kosten für Materialen verringerten sich von 1,53 Millionen auf 1,21 Millionen, die Höhe von 389.000 auf 385.000 Mark, Betriebskosten und Reparaturen von 206.000 auf 193.000 Mark, Abschreibungen und Umschlüssen von 14.000 auf rund 40.000, und Steuern von 139.000 auf 65.000 Mark. Abschreibungen stellen sich auf 97.000 Mark gegenüber 86.000 Mark. Damit ergibt sich ein Verlust von 178.000 Mark gegenüber einem Reingewinn von rund 129.000 Mark im Jahre 1930.

Die Gesamtkosten des Aufsichtsrates betragen genau 834 Mark, womit Lindear, was Billigkeit anbetrifft, wohl einen Rekord aufgestellt hat.

Das laufende Jahr wird, soweit man bei der unbeschäftigten Wirtschaftslage etwas voraussetzen kann, zufriedenstellend abschließen. Lindear erwartet den gleichen Umfang wie im Vorjahr.

Letzte Nachrichten

(Einsame Sun- und Deatbeichts)

Die Zentrumsstation lag.

Berlin, 8. Juni. (GZ). Der Reichsparteivorstand des Zentrums ist heute vormittag um 10 Uhr im Reichstag zur Beratung der politischen Lage zusammengetreten. An den Beratungen nehmen u. a. der bisherige Reichstagspräsident Dr. Brüning und der stellvertretende preussische Ministerpräsident Dr. Hirtzfelder teil. Im Verlauf der Beratungen dürfte Prälat Dr. Kaas als Führer der Zentrumspartei dem zurückgetretenen Reichstagspräsident Dr. Brüning sein Amt anbieten. Außerdem wird in der Sitzung darüber entschieden werden, ob es zweckmäßig erscheint, bei der Reichstagswahl in sämtlichen Wahlkreisen die Listen von Dr. Brüning führen zu lassen.

Die Schlachtfelder ruft wieder.

Berlin, 8. Juni. (GZ). Die preussische Staatsregierung legt im Laufe des heutigen Tages ihre Beratungen über den Entwurf des Gesetzes durch Notverordnung fort. II. a. ist zum Ausgleich des Staats die Einführung einer Schachtführer geplant.

Amnestie in Frankreich.

Paris, 8. Juni. (GZ). Der kommunistische Abgeordnete Kammiller hat wegen Aufhebung der Schiedsrichter zum Angehörigen eines Gefängnisstrafs in Douai abgeholt. Ist aufgrund der am Dienstag in der Kammer angenommenen Entschließung sofort in Freiheit gesetzt worden.

WERNIGERODE

Der schlechte Zustand der Friedrichstraße

hatte der Stadtrat schon lange Veranlassung gegeben, sich an den zuständigen Stellen für eine gründliche Instandsetzung einzusetzen. Leider brachte es aber die schwierige Rechtslage mit sich, daß sich die Verhandlungen in dieser äußerst wichtigen Angelegenheit verhältnismäßig lange hinzogen. Am Anfang des Jahres schien es dann, daß sich die Angelegenheit in kurzer Zeit regeln ließe, weil der Regierungspräsident dem Wegeunterhaltungspflichtigen die bestmögliche Ausführung der Instandsetzungsarbeiten auf seine — des Wegeunterhaltungspflichtigen — Kosten erledigt hätte mit dem Hinweis, diese Arbeiten dürften einen Zeitverlust von wenigen Tagen, jedoch er sich hierzu weigern sollte. Als dieser Dritte war die Stadt in Aussicht genommen. Sie hätte von sich aus in Veranlassung dieser Regelung beim Landesarbeitsamt Mittel beantragt, die Arbeiten durch Inanspruchnahme der produktiven Erwerbslosten für die Finanzierung zu übernehmen. Leider ist diese Finanzierung aber bis auf den heutigen Tag nur insofern gelungen, als lediglich die Grundförderung bewilligt ist, die nur einen bescheidenen Teil — etwa ein Viertel — der Gesamtkosten ausmacht. Die inzwischen überaus sehr wesentlich vermehrte Förderung, die in Form eines Darlehens gesehen wird, ist an die Erfüllung derart schwerer Bedingungen geknüpft, daß ihre Erstattung fast unmöglich erscheint. Außer den vorerwähnten Mitteln der werkschaffenden Erwerbslostenförderung hat die Stadt noch einen Kostenaufwand von über der Hälfte der Gesamtkosten aufzubringen, die wiederum im Anteilbewege zu beschaffen sind.

Dennoch wird der Magistrat noch weiterhin mit allem Nachdruck daran arbeiten, diese Angelegenheit zu messern und so schnell wie möglich zu einem Erfolge zu führen. Anzufragen hat sich ein weiterer Weg zur Lösung der schwierigen Finanzierungssituation. Wie der Herr Landrat bereits im Kreisrat ausführt, hat der Preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Mittel für Straßenbauwerke in Aussicht gestellt. Die Stadt hat auch diesen Weg beschritten in der Erwartung, daß einer von beiden zum Ziele führen und die Geldbeschaffung ermöglichen werde. Die Entscheidung hierüber liegt noch aus. Alles in allem kann gesagt werden, daß die Stadterhaltung ihrer Möglichkeiten getan hat und auch weiterhin tun wird, um eine schnelle Besserung der Verkehrsschicht in der Friedrichstraße herbeizuführen. Es steht jedoch nicht einzig und allein in ihren Kräften, hier für eine Besserung zum Besseren zu sorgen.

In dieser Hinsicht werden die der Stadt untergeordneten Stellen ihre ganze Verantwortung mit einzusetzen haben.

— **Freie Sportveranstaltung 1932.** Heute Mittwoch, 20 Uhr in der Sporthalle: Borturnier und Vereins-Schach. Donnerstag trifft sich die erste und zweite Handball-Mannschaft um 17,15 Uhr auf dem Sportplatz. Ab 18 Uhr Fußballspiele gegen Sportfreunde. Freitag, 20 Uhr: Turniere für Turnerinnen in der Turnhalle der Knaben-Mittelschule. Freitag 20 Uhr in Jugendheim Turnerinnen-Vermählung. Jede Genossin muß hierzu erscheinen. Sonnabend 18 Uhr wichtige Schmittung. Sonntag ab 20 Uhr im Jugendheim sehr wichtige Vermählung im Jugendheim. Alles muß hierzu erscheinen.

— **Sportklub Haffendorf.** Mittwoch pünktlich 20 Uhr findet eine wichtige Vermählung statt. Das Erlösene eines jeden Sportgenossen ist Pflicht.

— **Gepfert.** Der Eisenbahnübergang zwischen Bahnhofstraße und der Straße am Rabenstein wird am Donnerstag, dem 9. Juni wegen Gleisarbeiten gesperrt.

— **Auf dem Sportplatz Anger** finden morgen Donnerstag, 18 Uhr, zwei interessante Fußballspiele statt. Es spielen Handballer gegen Fußballer, nämlich die 1. Mannschaft Freie Sp. B. 95 gegen die Herren, Sportfreunde und 2. Mannschaft Freie Sp. B. 95 gegen 1. Jugend-Sportfreunde. Was die Handballer an Schnelligkeit voraus haben, ersetzen die Alten Herren an Spielerfahrung. Nach dem Spiel der zweiten Mannschaften wird ein Anschauungsunterricht besonderer Art sein.

„Um die Mittelschulen.“

Der Erste Bürgermeister Dr. Goppel schreibt uns: Tochterlein richten sich meist selbst, man kann sie gewöhnlich auf sich berufen lassen und die organische Selbstreinigung abwarten, ohne die Presse bemühen zu müssen. Mitunter kann aber eine Erweiterung in der Presse am Platze sein, damit die Dreifachheit von Eingreifen nicht überhand nimmt. Es braudt ja daraus nicht immer eine Pressefelle zu entstehen, wie sie namentlich in kleinen Städten allerdings beliebt ist, bei der aber meist viel Zeit und Geldausgaben unnötig veran wird. Hier genügt es, sich einmal an diejenigen zu wenden und diejenige zum Nachdenken anzuregen, die sich trotz unserer Selbsterhaltung nicht zu bewegen und die Fähigkeit zu eigenen Denken erhalten haben.

In Nr. 130 der „Wernigeröder Zeitung“ wie auch des „Wernigeröder Tageblatts“ vom 6. Juni 1932 teilt ein Herr Bonatz — in ersterer genannt, in der anderen nicht — der aufstrebenden Bürgerpartei von Wernigerode mit, daß sich zwei Fraktionen der Stadterordneten-Versammlung mit einer Eingabe an die Regierung wegen angeblich unzulässiger Behandlung der Mittelschulen durch den Magistrat gewandt haben. Die Regierung hat bisher im allgemeinen den Standpunkt vertreten, daß sie allenfalls zu einer Eingabe der gesamten Stadterordneten-Versammlung Stellung nehmen könne, nicht aber zu den Wünschen Einzelner oder einiger Gruppen. Es bleibt zunächst abzuwarten, ob die Regierung sich überhaupt mit der Eingabe in dieser Form befassen wird.

Die sachlich durchgeführte Eingabe fällt sich nicht frei von persönlichen Verzerrungen, wie sie allerdings aus Freude gewisser Teile der Bürgerpartei schon wiederholt vorgekommen sind. Es wird betont, ich sei „stark marxistischer Benüßungen“ nicht wiedergewürdigt worden, und — so behauptet die Eingabe — „verleude mich in den letzten Monaten meiner Dienstzeit sozialdemokratische Pläne durchzuführen.“ Ich erkläre, daß diese Ausführungen der von Herrn Bonatz genannten Fraktionen nicht weiter als eine leude Stimmungsmache gegen mich bedeuten, deren Zweck für betreffende Menschen denn wohl zu durchsichtig ist.

Früher wird in der Eingabe behauptet, gegen mich sei wegen unbeschränkter Veranschlagung großer Summen ein Disziplinarverfahren beantragt worden. Das ist mir ganz neu, vielleicht liegt aber wieder einmal eine Verwechslung vor. Ich hätte im übrigen nichts dagegen, wenn meine „Freunde“ — wie bisher in jedem Falle — sich an Geseh und Recht den Kopf einrennen wollen.

Sollte die beklammelte von der Stadterordneten-Versammlung bei der Regierung beantragte Untersuchung wegen Regelleistungen und Einkommensverhältnisse in der Eingabe gemeint sein, so ist mit Sicherheit voranzusetzen, daß sie gegen mich von gewissen Stadterordneten erhobenen Vorwürfe als ungerechtfertigt erkannt und zurückgewiesen werden müssen. Der Herr Regierungskommissar hat, wie auch mir bekannt ist, die Herren der Stadterordneten-Kommission darüber ja nicht im Zweifel gelassen. Ob

nach dem Abschluß der Angelegenheit voraussetzender Aufwand eine Entschuldigung veranlassen wird, muß abgewartet werden.

Nach dem Persönlichen das Sachliche: Nach der Eingabe „betreibt der Magistrat die Zusammenlegung und Verkleinerung dieser (Mittel-)Schulen.“ Anschließend findet sich angeführt die Ausfertigung eines sozialdemokratischen Stadterordneten, die auch man sie gefallen sein sollte, wohl nicht von ausschlaggebender Bedeutung war. Wichtiger ist schon die Feststellung aus der Niederschrift der gemeinschaftlichen Sitzung vom 23. 10. 1931:

„Außerdem würde die räumliche Ueberführung der Mädchen-Mittelschule in das Gebäude der jetzigen Knaben-Mittelschule zu veranlassen sein. Wie weit im weiteren Verlauf durch gemeinsamen Unterricht bei niedriger Klassen-Frequenz in einzelnen Stunden der Mittelschulen der Klassen-Unterricht gemeinsam erlernt werden kann, wird von der Einrichtung der Schulverhältnisse in den beiden Mittelschulen abhängen. Sodenfalls dürfte damit der Weg zu weiteren Einsparungen, ohne den Bestand der Schulen zu gefährden, geöffnet sein.“

Das sollte der Niederschrift der Zusammenlegung der Stadterordneten-Versammlung sein. Nicht ausgesprochen war damit eine Verkleinerung der Schulen, die wahrcheinlich jeden, der nicht eine Binde vor den Augen trägt, als unaussprechlich erscheinen muß, die aber — entgegen der Behauptung der Eingabe — vom Magistrat ja nicht betrieben wird.

Die Eingabe soll aber den Eindruck erwecken, als ob der Magistrat oder die städtische Schulverwaltung gegen die Mittelschulen eingestrichelt sei. Dieses Unternehmen muß fehlschlagen, es kann keinen großen Schaden anrichten, denn es ist zu gut bekannt, daß das Gegenteil der Behauptung richtig ist. Falls ich auf die Behauptung wegen der Verhältnisse bei den verschiedenen Schulstufen. Der Verfasser der Eingabe hat vielleicht nicht gemerkt, daß

2.643 — Markt Wittenberg seit 1. 7. 1930.
3.125 — Markt Bergblum der Baukosten infolge der Senkung des Zinsfußes von 5 auf 4 v. h.,

15.606 — Markt durch Stellenveränderung meggelassen sind, d. i. gegen 1930 eine Werniger-Ausgabe von 14,8 Prozent ohne Benachteiligung der Schulen des Mittelstandes. Es kommt hinzu, daß durch die Vermehrung der Schülerzahl seit 1930 (von 370 bis 492) eine entsprechende Mehr-Einnahme an Schulgeld und Beitragsleistungen entstanden ist, die sich auf 14.293,— Markt beläuft. Ansehlend ist also durch Werniger-Ausgabe und Mehr-Einnahme eine Senkung des Stadtschatzes um 35.737,— M. entstanden, d. h. um 25,4 Prozent des Rechnungsergebnisses 1930. Ein Vergleich ergibt also, daß die mittleren Schulen sich in Verhältnis günstiger stehen als die höheren Schulen.

Man kann es behaupten, daß die zeitlichen Verhältnisse auch hier zu Einsparungen zwingen. Aber der Stadtrat ist damit gebent, wenn auch nicht etwaigen Aspiranten auf Stellen, die immerhin entbehrlich sind.

Die deutschen Landgemeinden.

In Deutschland gibt es über 50.000 Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern. Die Einwohnerzahl der deutschen Landgemeinden beträgt 32,5 Millionen. Es wohnt also mehr als die Hälfte der deutschen Gesamtbevölkerung in Landgemeinden. In diesen Gemeinden sind mehr als 90 v. h. aller Ausgaben unzureichend, weil sie auf geförderter Verpflichtung beruhen. Irigendwelche Ersparnisse können infolge dessen weder auf Grund des Selbstverwaltungsrechts, noch aus eigener Machtvollkommenheit gemacht werden. Gerade in diesem Zusammenhang ist ein Rücksicht auf die Einnahmen der Gemeinden von besonderem Interesse. Die Einnahmen des Reiches aus Einkommen- und Körperschaftsteuer haben im Jahre 1928 noch 3.728 Millionen betragen. Im Jahre 1931 sind nur noch 63 v. h. der Einnahmen aus dem Jahre 1928 vorhanden. Für 1932-33 wird nur noch mit einem Aufkommen von 1.484 Millionen oder 39 v. h. des Rechnungsjahres 1928 aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer gerechnet. Demzufolge ist der Anteil der Gemeinden ständig zurückgegangen. Dieser Rückgang erbringt den Nachweis, daß sich die Finanzlage der deutschen Gemeinden geradezu katastrophal gestaltet haben muß. Man hat die deutschen Gemeinden allzujahre sich selbst überlassen.

Man hat der deutschen Landgemeinden eine dringende Eingabe an das Reich geschickt, unter allen Umständen die deutschen Landgemeinden vor dem finanziellen Untergang zu bewahren. Als wichtig vordringlich wurde eine wesentliche Entlastung der Gemeinden

von den untragbaren Wohlfahrtsverwehrlasten durch Schaffung einer allgemeinen Erwerbslostenföderung besiedigt. Ferner soll durch das Reich ein gerechter Finanz- und Lastenausgleich erfolgen, der die Länder verpflichtet, eine Verteilung der Reichssteuerüberweisungen auf die Gemeinden zu 50 v. h. nach der Einwohnerzahl und zu weiteren 50 v. h. nach der Zahl der Kinder bis zur Beendigung des schulpflichtigen Alters vorzunehmen. Der Deutsche Landgemeindenverband verlangt, daß das Reich aus seiner Passivität gegenüber der Notlage der Gemeinden heraustritt.

* **Eintreise nach den Niederlanden.** Das Niederländische Konsulat Hannover teilt hinsichtlich der Eintreise nach den Niederlanden folgendes mit: „Nach den zur Zeit geltenden Bestimmungen kann ein Deutscher, der einen gültigen Auslandsreisepaß und die genügenden Zahlungsmittel mit sich führt, ohne niederländisches Visum nach den Niederlanden reisen. Wenn jemand nicht beweisen kann, daß er genügende Zahlungsmittel hat, das Vorhandensein dieser Mittel kann durch eine Erklärung eines niederländischen Arbeitgebers festgestellt werden, ist die niederländische Grenzpolizei befugt, ihm das Ueberfahren der niederländischen Grenze zu unterlagen. Um es derartige Ausweisung aus den Niederlanden zu verhindern, ist es des öfteren vorgekommen, z. B. bei deutschen Dienstmädchen, daß diese sich mit ungenügend oder gefälschten Papieren versehen haben, aus denen hervorgeht, daß sie sich im Dienst eines in den Niederlanden anwesenden Arbeitgebers befinden. Da, sobald dann festgestellt, daß die betreffenden Mädchen sich in den Niederlanden

Deutsche Wertarbeit

darf sich mit vollem Recht die gute JUNO nennen.

Gerade weil sie jede Zugabe in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickerereien ablehnt, ist der Raucher sicher, höchsten Gegenwert in bester Tabakmischung zu erhalten.

Rauchen auch Sie

Juno!

Wer Juno raucht, hat mehr vom Leben!



Ehen, die gelöst wurden.

Die Ehescheidungen in Preußen im Jahre 1931.

ohne Stellung befindende, diese sich die Unannehmlichkeit zugiebt, als Zuständer ohne genügende Ehestiftungsmittel über die Grenze gelöst zu werden, ist vor den Schwierigkeiten zu warnen, welche solchen Männern entfallen können. Daran ist anzuerkennen, daß vornehmlich einer Stellung zu verweigern, daß die Stellung sich für die Betroffenen eignet. Wenn sich nämlich nach kurzer Zeit herausstellt, daß die angebotene Stellung nicht paßt und aus irgendwelchen Gründen verfallen wird, kommt der Arbeitnehmer natürlich in dieselbe unangenehme Lage wie ein Dienstmädchen, das ohne Stellung nach den Niederlanden kommt und nun als Zuständer ohne Ehestiftungsmittel über die Grenze gebracht werden kann. Auch kommt es vielfach vor, daß junge Mädchen vorziehen, sich zu Familienmitgliedern nach den Niederlanden zu begeben, während der glänzende Zweck ihres Besuchs das Suchen einer Stellung ist. Diese Mädchen sehen sich denselben vorerwähnten Gefahren und Schwierigkeiten aus, und auch gegen diese Vorstände ist also zu warnen. Im übrigen ist darauf aufmerksam zu machen, daß für Zustände im Interesse deutscher Staatsangehöriger für Reisen nach den Niederlanden die deutschen Konsulate in den Niederlanden zuständig sind."

Aus Halberstadt

Preußischer Mietertag in Halberstadt.

Die große Mieter-Tagung am 17. 18. und 19. Juni.

Der Landesverband Preußen im Reichsbund Deutscher Mieter e. V. hält am 17., 18. und 19. Juni in Halberstadt seine Tagung ab. Am Freitagvormittag teilt der geschäftsführende Vorstand in einer Sitzung mit, nachmittags 10 Uhr die Sitzung des Gesamtvorstandes. Für Sonnabendvormittag ist eine Besatzung vorgesehene. Nachmittags, 15 Uhr, folgt die öffentliche Delegiertenversammlung. Am Sonntag findet der Landesverband mit einer Kundgebung im „Elyrium“ an die Delegationen. Es sind zwei Vorträge vorgesehen. Zuerst spricht der Bundesvorsitzende Dietrich über „Das Miet- und Wohnungswesen in der Vergangenheit“ und dann spricht der Bundesgeschäftsführer Grotzhaus über „Das Miet- und Wohnungswesen in der Zukunft“. Diese Kundgebung wird mit einem gewissen Belag zusammengeführt.

Für Sonntag ist dann schließlich eine geschlossene Delegiertenversammlung im Restaurant „Baterland“ festgelegt, in der über geschäftliche Dinge verhandelt wird. Endlich ist für die Teilnehmer am Montag ein Ausflug in den Harz angeordnet.

Objektive Berichterstattung.

Die „objektive“ die sogenannte „nationale“ Presse ist, davon gibt auch die Halberstädter Zeitung wieder ein Beispiel. Die Regierung der Barone hat vor einigen Tagen ihre berichtigte Erklärung losgelassen, die nicht nur eine Kriegserklärung an die arbeitende Bevölkerung, eine Verhöhnung der Erwerbslosen und von Unterhaltungen lebenden Mitbürgern ist, sondern auch ein hinterhältiger Angriff auf die vorliegende Regierung. Es ist nicht unferne Sache, die Regierung in Schutz zu nehmen, aber es ist unerhört, wenn diese Presse Angriffe veröffentlicht, die Argumente des Angegriffenen, der sich verteidigt, tollkühnig und dafür neue Angriffe erhebt. Die Erklärung der Barone brachte die „Anteilnahme“ im Wortlaut, die Erklärung Brünings dagegen unterschäftigt sie und veröffentlicht an besten Stelle einen Artikel, in welchem die Erklärung der Barone nochmals bewährdichtet wird. Das ist — nobel.

* Touristen-Berein Die Naturfreunde, Ortsgruppe Halberstadt. Am Sonntag, dem 12. Juni findet eine vorgezeichnete Wanderung durchs Mollenbruch und die Kusberg statt. Zur Führung hat sich in lebenswürdiger Weise Herr Museumsdirektor Hempich zur Verfügung gestellt. Treffpunkt morgens 8 Uhr Sternwarte. Gäste willkommen.

* Befehl auf dem Flugplatz. Am vergangenen Sonntag weilte der Berein für Modell- und Segelfluggerei e. V. Schönebeck-Bab Salzeichen als Gast bei unserem hiesigen Luftsportverein. Der Zweck war die Erreichung von Prüfungen, wozu die Halberstädter die Fluglehrer und Sportlehrer stellte. Da bei dem schwachen Winde die erforderliche Zeit von der Anfahrhöhe nicht zu erzielen war, ging es dann mittels nach den Eisenbergen, wo dann das Mitglied Schmidt die Bedingungen zur W-Prüfung erfüllen konnte. Leider hatte der Vorsteher Enald des Gastvereins Ref. Bei der Ban-

Der Kirchspielvogt von Schlichtingen.

Roman von K. v. Eider

Copyright 1931 by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf

26. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Man kam auf den Kirchspielvogt zu sprechen, auf den früheren und der jetzigen. Ja, der alte, das war ein Kerl! Der verstand es, die Bauern zu halten. Der hatte das Dorf hochgebracht. Aber was hatte der neue geleistet? Wie haben die Wege aus? Wie stand es mit den Schulden? Gar nicht zu reden von den Sachen in der Gemeinde. Da wurde nicht gekümmert, nicht Weg gemacht, nicht Dienen gemacht. Das Land kam herunter, und die Arbeiter hatten kein Brot. Dabei lebte er den großen Herrn heraus und wartete, daß man ihn zuerst grüßte, was man in Schlichtingen durchaus nicht gewohnt war ...

John Volgel betrat sich an diesen Abend nicht. Er sah stummfragend vor sich hin. John war in den letzten Jahren ab geworden.

„Ja, wenn wir unseren alten Vogt noch hätten, das war ein Mann. Schade um ihn, daß er ins Zuchthaus sitzen muß.“ „Er hatte gut gelebt. Wie es ihm wohl gehen mag?“ „Thomas Zimmermann, der Kluge, wollte gehört haben, daß die Strafgefangenen Sonntag Braten mit gelassenen Pfämen bekommen.“

Mathias Schneider dagegen behauptete, es gäbe im Zuchthaus überhaupt nichts als Waffeln und trockenes Schwarzbrot.

John Volgel hätte es von Rechts wegen wissen müssen, aber er zuckte die Achseln und stellte sich dum.

Da faherte der Alte in der Ecke in sich hinein. Ihn hatten die Bettelbären. Er tat einen tiefen Zug aus der Pfeife und fing an zu erzählen. Schöne Dinge kommen da an den Tag, grauenvolles und schmerzhaftes. Ob, er konnte die Zuchthäuser hüben und drüben. Er wollte Bescheid wie früher.

Die Zuchthäuser sprachen Mund und Augen auf. Er erzählte mit Behagen weiter. Die Leute hier hatten ja keine Meinung, wie es in der Welt herging. Dabei merkte er nicht, wie seine Nachbarn immer weiter von ihm abdrifteten, wie ihre Gesichter immer länger wurden.

Die Schutterische war die erste, die die Situation erfasste.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einer Veröffentlichung des Preussischen Statistischen Landesamtes entnimmt, wurden 1931 in Preußen 25 646 Ehen geschlossen. Damit ist die Zahl der Ehescheidungen gegenüber 1930 (25 595) nur wenig gewachsen, so daß die Scheidungsziffer, bezogen auf die Zahl der Ehen zu Anfang des Jahres, gesunken ist. Sie betrug nur 3,7‰ und war kleiner als in den vorausgehenden Jahren (1930: 3,7‰, 1924: 3,0‰). Man darf wohl annehmen, daß jetzt zum Teil auch wirtschaftliche Gründe auf Einschränkung der Ehescheidungen hinführen, und daß manche Ehe, die bei besserer wirtschaftlicher Konjunktur geschlossen worden wäre, heute gehalten wird, weil der Ehemann (als schuldiger Teil) nicht in der Lage ist, seiner Frau eine dieser genügend fehlende Versorgung zu gewähren. Immerhin entsprechen 25 646 geschlossene Ehen einem Abzug von 51 300 geschiedenen Personen, 1,3‰ der Gesamtbevölkerung hat damit im Vergleichsahre keinen Familienstand durch Ehescheidung geändert. Das ist nicht unbedeutend und veranlaßt zu der Frage, wie groß die Gesamtzahl der geschiedenen Personen innerhalb der preussischen Bevölkerung ist.

Bei der Volkszählung 1925 wurden 63 344 geschiedene Männer und 111 210 geschiedene Frauen gezählt. Durch Zu- und Abnahme der Geschiedenen, der als Geschiedene, Getrauten und der Wiederverheirateten Geschiedener läßt sich der Bestand an Geschiedenen auch für andere Termine berechnen. Am 1. 1. 31 dürften 108 555 geschiedene und 170 724 geschiedene Frauen innerhalb der preussischen Bevölkerung gezählt haben. Auf 100 Ehescheidungen wurden im Vergleichsjahre 131 für schuldig erklärte Personen gestellt. Im vorigen Jahre waren es 130, 1929 = 128. Auch in der vorausgehenden Zeit stieg die Zahl der für schuldig erklärten Personen langsam. Es ist nur zweifelhaft, ob man es hier mit einer Entwicklung zu tun hat, oder ob die Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse heute mehr als früher den zunächst betagten Teil zwingt zu beweisen, daß der andere ebenfalls nicht unschuldig an der Zerrüttung der Ehe ist. Zu dieser Auffassung kommt man auch dadurch, daß die Zahl der allein für schuldig erklärten, Männer ausschließlich abnimmt, während die Zahl der Ehen, bei denen beide Teile für schuldig erklärt wurden, ganz beträchtlich gemindert ist. Unter den für schuldig erklärten Personen waren dementsprechend 1929: 37,0%, 1930: 37,6%, 1931: 39,2%, Frauen.

Wie in den früheren Berichten bereits festgestellt, steigt als Scheidungsgrund „Verlegung der ehelichen Pflichten“

ten“ (§ 1568), während Ehebruch (§ 1565) abnimmt. Wegen Verloß gegen § 1568 wurden 1931: 13 656 Männer und 7592 Frauen geschiedene, wegen Verloß gegen § 1565: 6342 Männer und 4946 Frauen. Es liegt noch gar nicht lange zurück, daß beide Scheidungsgründe ungefähr gleich häufig vorkamen, und es sind erst knapp 10 Jahre verlossen, seitdem letztmals Ehebruch als häufiger Scheidungsgrund ermittelt wurde. Diese Veränderung in der Begründung der Ehescheidung dürfte, oder keine Veränderung der „Volksfristen“ (wenn man so sagen darf) anzeigen, sondern vielmehr prozedurale Ursachen haben.

Von den geschiedenen Ehen wurden geschlossen in der

Jahr	Vorkriegszeit	Kriegszeit	ersten Nachkriegszeit	neuesten Zeit
1929	20%	40%	37%	27%
1930	17%	11%	35%	35%
1931	15%	10%	33%	42%

Während im Jahre 1929 und in den vorausgehenden Jahren auf die Ehen der ersten Nachkriegszeit der Hauptteil der geschiedenen Ehen entfiel, waren in dieser Gruppe 1931 nicht mehr Ehen, als in der Gruppe der neuesten Zeit. 1931 überwiegen ganz wesentlich die Ehescheidungen, deren Ehescheidung in der allerjüngsten Zeit lag. Wenn man das gegenwärtige Alter der geschiedenen Ehepaare kennen würde, so würde man vielleicht hierin den Schlüssel finden, weshalb die Halberstädter der jüngsten Ehen zur Zeit recht froh ist. Man darf wohl annehmen, daß heute leichter und früher geschieden wird als noch vor wenigen Jahren, daß aber die Ehen schlechter sind, wodurch der Auflösung verfallen, wenn die wirtschaftliche Mäglichkeit für das Weiterbestehen der Ehe erloschen ist, vorausgesetzt, daß das, was mit Ehe bezeichnet wurde, überhaupt eine wirtschaftliche Unterlage hatte. Das starke Uebergewicht des § 1568 als Scheidungsgrund bestärkt in dieser Annahme. Aber auch § 1 Ehen, die bereits über 50 Jahre bestanden hatten, wurden 1931 geschieden. Bei der einen, die 1879 geschlossen war, wurde ein 75jähriger Mann von einer 72jährigen Frau, bei der anderen, die aus dem Jahre 1880 stammt, ein 71jähriger Mann von einer 65jährigen Frau geschieden! Der eine Fall ereignete sich in Potsdam, der andere in Berlin. In ersterem wurde der Mann, in letzterem die Frau für allein schuldig erklärt, und zwar der Mann wegen schwerer Verlegung der ehelichen Pflichten, die Frau wegen bössiger Verleitung.

ung setzte er ziemlich hart auf und eine Gabel riß bei der Plötzlichkeit. So müßte dies abmontiert werden und wurde dann gemeinsam in ihren eigenen Beständen nach dem auf dem Flugplatz befindlichen Lastwagen geschafft. Man hielt dann noch längere Zeit zusammen und schloß so recht mit Humor, den einige

Halberstädter Mitglieder ganz besonders besitzen, die Sportkameradschaft auf.

* Sommerurlauben auch im Berlebe in den Saarbergen, den Privat- und Kleinstädten und im Seebäderdienst. Sommerurlauben werden nunmehr auch im Berlebeberlei mit den deutschen Privat- und Kleinstädten, soweit sie mit der Reisebahn in einem Tarifverhältnis stehen, ausgedehnt. (Das sind etwa 3/4 aller Privat- und Kleinstädten.) Ebenso gelten die Sommerurlauben im Berlebe mit den Eisenbahnen des Saargebietes und in Verbindung mit Fahrten auf den Seebädern der Ost- und Nordsee. Damit hat diese 20prozentige Reisevergünstigung eine Erweiterung erfahren, die ihre Benutzung nunmehr in allen deutschen Verkehrsbeziehungen ermöglicht.

* Der Ueberfall im Weingartenberg. Wegen des Ueberfalls auf den Bruder des Kinobesizers E. G. im Weingarten hatte sich der Schloffer D. aus Halberstadt vor dem Halberstädter Schöffengericht zu verantworten. Wegen den Angeklagten lagern dringende Verdachtsgründe vor. Er hatte kurz vorher zwei andere Leute aufgebracht, ihm bei einem geplanten Raubüberfall zu helfen, bei dem einer hatte er auch ermordet, daß er einen Boten von den Kammerhelfern, der immer Geld bei sich habe, überfallen wollte. Deshalb hatte er sich außer dem Raubüberfall auch wegen Anstiftung zum Raub zu verantworten. Der Raubüberfall konnte jedoch nicht mit hinreichender Sicherheit nachgewiesen werden, denn während ein Zeuge, der zu der Zeit in der Nähe war, meinte, den Angeklagten an bestimmten Merkmalen wiederzuerkennen, meinte eine Frau, daß der Angeklagte nicht der Täter sei. Deshalb wurde in diesem Punkt dringender Verdacht auf Freispruch erkannt, während er für die Anstiftung 1 Jahr 3 Monate Gefängnis erhielt. Der Staatsanwalt hatte eine Gesamtstrafe von 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust beantragt.

Deine Zeitung ist deine beste Waffe!

Sozialist sein und eine bürgerliche Zeitung halten — das verträgt sich nicht. Die Zeitung der erwerbstätigen Bevölkerung kann nur die Arbeiter-Zeitung sein. Nur sie vertritt die Interessen des arbeitenden Volkes. Bringe diese Ueberzeugung auch deinen Arbeitskollegen bei. Wirb neue Leser für Deine Zeitung, die „Harzer Volksflimme“

„Das ist mir 'ne nette Bescherung“, rief sie. „Also aus dem Zuchthaus kommt der nette Herr Hebenitz. Davor sind wir gut, so ein in unfer ehliches Haus reinzunehmen und an unsern Tisch. Das ist rein zu doll! Nein, wenn der Jung nicht wär, und wenn der mich nicht leid töt ... aber der arme Jung tut mich in die Seele leid.“

„Ja, das ist rein zu doll“, wiederholte die andere. Sie bildeten auf John Volgel, ob der nicht einsprechen würde. Aber der hatte seine Autorität vollständig verloren.

Der Alte wurde mit einem Male ganz fleislos. Er dachte sich, so viel er konnte und fing an zu hüpfen, als ob er die Schwandlung hätte.

Die Schutterische wurde feuerrot im Gesicht und stopfte ihre Strimpfe in der Aufregung kreuz und quer. Der Schutter fragte sich hinter den Ohren.

„Das ist 'n Stück Arbeit. Ja, wenn der Jung nicht wär.“

In diesem Augenblick trat der „Jung“ zur Tür hinein. „Wollt kam, um nach jenem Vater zu sehen. Er füllte sich verpflichtet dazu. „Was diese Tage hatte er ein Gefühl des Unbehagens mit sich herumgetragen, als ob irgendwas Unangenehmes passieren würde.“

Er kam der Schutterischen gerade recht. „Dant maht an, mein Schütz, im Zuchthaus hat er gelassen. So ein ist er. Und so ein hat man im Hause, wo man nicht weiß, ob er nicht schon ein auf Gewissen hat.“

Wollt nickte stumm. Eigentlich war es nichts Neues für ihn. Es hatte ja so kommen müssen.

„Wenn er es noch für sich behalten hätte“, fuhr die Schutterische fort. „Braucht denn so was unter die Leute zu kommen? Aber da prahl er mit rum und tut sich die im ganzen Dorf um.“ Sie war einen Seitenblick auf die Nachbarn. „Ach behalte lo'n Stiel nicht im Hause, und wenn er von innen verfallert und von außen verrotet wär.“

Sie führte ihre Schritte an die Augen und wischte sich ein paar kleine Tränen der Wut ab.

„Mach dich fertig, Vater“, gebot Wollt furz. „Du gehst gleich mit.“

Der Alte starrte ihn mit offenem Munde an, als hörte er nicht. „Nack deine Sachen! Sofort!“ herrschte der Sohn ihn ungebürlich an. „Du kommst doch hier nicht bleiben.“

Da fuhr der Alte in die Höhe und polterte zur Tür hinaus.

„Ja, so eilig war es doch nicht“, murmelte die Schutterische. „Auf ein paar Tage kommt es auch nicht an.“

„Nein, da ich einmal hier bin, ist es das Beste, er kommt gleich mit.“

„Ja, wo willst du denn aber mit ihm absteigen? So ein nimmt doch kein?“

„Vorläufig bringe ich ihn in die Herberge. Nachher sehen wir weiter.“

Es entfiel eine kleine Verlegenheitspause. Mit der Gemütslichkeit war es vorbei. Die Nachbarn griffen nach ihren Nerven und machten sich davon. Sie gingen hinüber zu Saal Bäder. Der hatte die Badstube noch offen und war froh, wenn sie ihm die Neugierig brachten.

Der Alte kam wieder zum Vorschein. Er trug ein schmerzliches schwarzes Bündel in der Hand.

Sie brachten sofort auf, obgleich die Schutterische noch rauh Wollt zu einem Borg aufgeleht hatte, und der Schutter eifrig den Zahnschmerzen hervorholte. Der Alte mußte die ausgebreitete Pfeife in die Tasche stecken. Er konnte nicht einmal einen Atem Pfloßkaff zum Mund füllen, sondern mußte mit, wie er ging und stand. Wollt ließ nicht mit sich sprechen.

Draußen war es finster. Kalt und feucht lag die Luft ihnen entgegen. Der Alte bebte in seinem dünnen Rod vor Frost.

„Da, nimm meinen Mantel!“

Wollt hing ihn um die Schutterischen des Alten. Der wagte nicht abzuweichen, kaum zu danken.

Nachdem sie einen Augenblick gegangen waren, gewöhnte das Auge an die Dunkelheit. Die Luft hatte sich aber nicht dem dunklen Bande ab. In der Ferne erhoben sich wie schwarze Bänder die Hügel und die Umrisse der Stadt.

Wollt mußte der alte Mann neben ihm her, um Schritt zu halten. Wollt konnte nun einmal nicht langsam gehen.

„Gib mir das Bündel!“ gebot er. Gehoramt gab der Alte es ab. Wollt ging in der langen einsamen Weg, ohne zu reden, ohne sich umgeben. Wollt hatte die Empfindung, er wäre er verurteilt, bis an sein Lebensende mit diesem grauen Mannchen zu gehen und ewig das schmutzige Bündel zu tragen, als sollte das eine Strafe sein für den unbedingten Ekel.

Der Alte war eine Weile gebüdet gegangen. Er wartete darauf, daß Wollt ihn scheitern würde. Erst räusperte er sich schuldig. (Fortsetzung folgt.)

Der Abend

Nr. 24

Mittwoch, den 8. Juni

1932

Das letzte Pferd.

Von E. Strachwitz.

Der kleine Zirkus, in dem Erik Fasalnd, der als Artist „Spirr“ hieß, als Clown, Stalldiener, Feuerfresser und Zauberkünstler auftrat, war den Weg vieler Beispiele seiner Art gegangen: er liquidierte, soweit das ging. Die Gläubiger wurden mit einem „Löwen“, der vor der Pause ein Pony und nach der Pause ein Zebra war, ferner mit zwei altersschwachen Pferden, zwei Affen und einigen Hunden abgepeist. Nur den Ziegenbock verschleierte man, den verpfeiften die Mitglieder des „größten Zirkus am Platze“ am letzten Tag gemeinsamen Beisammenseins selbst.

Spirr wanderte ohne Engagement in die große Stadt. Eines Tages schlenderte er aus dem Lugas des Zentrums in die Vorstadt. Er, der verpflichtet war, einem bescheidenen Auditorium das Zwerchfell zu erschüttern, hätte selbst der Aufmunterung bedurft.

Er murkte vor sich hin: „Da fühlt man, was man kann. Zehn Tricks an einem Finger hätte ich, wenn . . . Es ist ein Jammer, wenn ein Kerl wie ich vor die Hunde gehen soll!“

Er kam auf freies Feld. Im Abendnebel ödeten Schutthäufen, von bestaubtem Unkraut trostlos überwuchert. Da und dort stürzten sich einige schiefe Bretterbuden aneinander. Links qualmten Schornsteine, rechts stand eine einsame Pappel. An ihr lehnte eine Baracke, davor stand ein Pferd.

Spirr war Pferdefreund. Von klein auf. Sein erster Knabenwunsch war ein Pony gewesen. Und er hatte es bekommen. Damals waren noch gute Zeiten für ihn, die er selbst verschert hatte. Das Pferd war naht. Nur ein zerfaselter Strick war ihm als Halfter um den Hals geworfen. Spirr ging darauf zu. Es hatte einen Bauch wie ein Elefant und einen Sentrücken. Es war außerdem kuhheftig, und sein Schwanz glich einer ruppigen Straußenfeder. Es war ein trauriges Pferd. Es stand so trostlos in der nächstern Umgebung, daß Spirr Tränen in die Augen traten. Er meinte, etwas Gemeinames verbinde ihn mit dem Pferde da.

Er kramte ihm die Stirnhaare und käßschelte das Maul. Das Pferd hob die Zähne, daß es ausah, als wolle es grinzen. Spirr sah, daß es noch gar nicht so alt war. Zwölf Jahre etwa.

„Du bist noch rüftig, mein Freund,“ tröstete Spirr.

„Aber es wird doch geschlachtet.“

Ein klozig aussehender Mann war aus der Baracke hinter Spirr getreten.

„Geschlachtet?“ wiederholte Spirr im Tone tiefen Bedauerns.

„Es hat einen Hängebauch und einen Sentrücken. Außerdem frißt es zuviel. Niemand will es haben.“

„Abflich, wie der Bly, hatte Spirr eine Idee. Er zitterte unter dem Gedanken, der ihn überfallen hatte. Er legte dem Abdecker die Hand auf den Arm:

„Hören Sie . . . muß es wirklich geschlachtet werden, wirklich? Ist es nicht zu schade?“

„Was wollen Sie? Es ist mein Geschäft. Wenn auch nicht viel herausspringt bei diesem Klepper.“

„Also!“ frohlockte Spirr und legte besitzergreifend die Hand auf das Pferd. „Ich kaufe es. Es kann doch nicht viel kosten?“

„Da, wenn es so ist. Für Interessenten ist es natürlich viel mehr wert.“

„Ich könnte es ja ratenweise bezahlen. Ich gebe fünfzig Mark.“

„Fünfzig Mark — und ratenweise?! Haha! — Zweihundert! Und gar und sofort!“

Spirr umklammerte des andern Hände: „Wieder Herr, ich bin ein armer Teufel. Ich will Ihnen zehn . . . zwanzig Mark geben, sofort. Mehr hab' ich nicht. Etwas muß ich doch übrig behalten für den Hafer. Aber ich will verdienen mit diesem Pferd. Ich bin Clown im Zirkus. Ich will eine große Nummer machen mit dem Pferd. Sie sollen dann . . . fünfshundert Mark sollen Sie haben.“

Der Abdecker sieht Spirr an. Er ist gewohnt zu schlachten. Aber die Augen da vor ihm . . . nein, das hat er lange nicht erlebt. Der Bursche meint es wohl ehrlich. Wie die Augen bitteln. Er knurrt: „Nun machen Sie nur kein solches Gesicht. Ist ja schon gut. Wir schreiben die Fünshundert drin auf. Aber zwanzig sofort und bar!“

— Ein paar Pfund Hafer können Sie meinetwegen bei mir mitnehmen.“

So wurde Spirr Besitzer des dickleibigen Pferdes, dessen Umbild bei sämtlichen Kollegen ein Hohngelächter auslöste. Die Artisten in der Stadt gaben ihm den Namen „Mondfals“. Und so hieß es fortan.

Unbeirrt ging Spirr daran, seine Nummer zusammenzustellen und „Mondfals“ zu dressieren. Es zeigte sich überaus gelehrt, es roch sozusagen jeden Trick, den sein Herr haben wollte. Es brachte es fertig, so zu gehen, daß sein Bauch hin und her schwante wie das Futter einer Kuh. Es bog den Kopf wie ein Hirsch und bleckte die Zähne wie ein Affe. Es konnte Sprünge machen wie ein Känguruh. Kurz, es beherbergte die Vorzüge einer ganzen Menagerie in sich. Es war alles — nur kein Pferd!

Spirr hungerte sich durch ein paar Monate hindurch, nur um den Hafer beschaffen zu können, den „Mondfals“ mit unerfättlicher Gier in seinen Wanst schlang.

„Fritsch nur, mein Trost!“ sagte Spirr. „Dein Bauch trägt unsere Existenz.“

Spirrs Pferd war indessen schon so bekannt geworden, daß die Agenten mit der Nase zu schnüffeln begannen. Sie witterten den fetten Brocken. Aber sie boten nichts. Spirr . . . der Name war ein Ahseljuden. Völlig unbekannt. Und das Pferd . . . nun ja, Pferde gibt es viele! Während sie zauderten, kam der Besitzer des größten internationalen Wanderzirkus, um sich eine Probe bei Spirr anzusehen. Hierauf sagte er: „Sie sind engagiert, Spirr!“ Spirrs Nummer kam heraus. Die Platate leuchteten fett:

Spirrs große Nummer:

„Das letzte Pferd“

Das Zelt war voll. Man wartete gespannt und war gewillt zu lachen.

Und als Spirr mit langem Trauerstor am Zylinder, begleitet von dem hauchwackelnden, weißgelakten „Mondfals“ unter den Klängen eines Trauermarsches zum ersten Mal in die Arena schritt, erhob sich das Gelächter, das in dieser Stadt nicht mehr verstummen wollte, solange diese Nummer gegeben wurde.

Spirrs Name war in aller Mund. Man nannte ihn den „Meisterkarikaturisten irdischen Trübals“, den „Virtuosen im Zwerchfellserschüttern“, und sein Pferd ist ein „Kontakt wahnsinnigen Gelächters“, ein „Jammertasten, angefüllt mit Wibrateten . . .“

So wäre denn auch diese Angefichte beendet, wenn nicht der Berichterstatter jenen, die neben dem Zwerchfell auch noch ein Herz haben, eine Nachschrift zu geben imstande wäre:

Es ist Vorstellung in einer Provinzstadt. Spirrs Nummer schießt, wie überall den Vogel ab. Nach der Vorstellung kommt eine junge Dame in den Stall, wo „Mondfals“ gerade seine Haferration erhält. Spirr hat noch seine geschminkten Nummerfalten.

„Verzeihen Sie, mein Herr,“ sagte sie, „dies Pferd hieß Dissette. Es stammt von einem Nachbargut von uns. Ich habe es sofort an der Narbe hier an der Hinterhand erkannt. Es gehörte einem Jugendfreund von mir.“

Spirr hebt das Gesicht. Seine Stimme zittert: „Einem Jugendfreund von Ihnen? Wie hieß er?“

„Erik Fasalnd. Aber . . . er lebt nicht mehr . . .“

„Ja, er ist so gut wie tot. Er ist damals, noch bevor sein Pferd diese Narbe bekam, nach Amerika durchgebrannt . . .“

Die junge Dame schnellt ihm den Kopf zu. Die Augen weiten sich: Er fährt fort: „Und deshalb hat er das Pferd nicht mehr erkannt. Aber seine Jugendfreundin, dich Dissette, erkennt er jetzt wieder!“

„Erik . . . bist das du?! — Natürlich, das sind ja doch deine Augen . . .“ Sie will ihn umfassen, aber er wehrt lächelnd ab:

„Warte, bis ich mich abgeschminkt habe!“

In der Brunnengasse.

Nun stand die kleine Stube im Erdgeschos des alten Hauses auf der Brunnengasse wieder leer. Die Fenster waren geöffnet, und die Morgen Sonne beschien die tauben, festigen Wände. Drinnen schauerte eine Frau. Ein paar Kinder schauten ihr neugierig zu, bis sie mit unwilligem Gemurmel die offenstehende Tür schloß.

Am nächsten Tage zog ein junger Mann in die Wohnung. Er brachte einige Möbel mit und — wie man es sich im Hause gegenseitig erzählte — ein Klavier. Das war nämlich nichts Alltägliches, denn die Bewohner der Brunnengasse lebten in mehr als nur dürftigen Verhältnissen. Die Männer gingen frühzeitig zur Arbeit und kamen am Spätnachmittag erst zurück, wenn die Sonne auf der anderen Seite des Hauses stand. Dann saßen sie zumeist in kleinen Gruppen auf den selbstgegemauerten Bänken rechts und links von der hinteren Haustür und sprachen miteinander über dies und das. Meist waren es Fragen, die ihre Arbeit angingen; auch die Not bildete oft den Gesprächsstoff. Da aber wurden die Gesten unruhiger und die Stimmen lauter; schwierige Sätze schrieben Linien in die Luft, die Not anlagend, die stumm über die Schwellen der niedrigen Stuben troch und Tag um Tag und Nacht um Nacht in den dunklen Ecken hockte. Alle kannten sie, die Gefährtin ihres Lebens; je älter sie wurden, die Männer mit den knochigen Gesichtern und die Frauen mit den herben Zügen um den Mund, umso mehr stahl sich das Bild der Not in ihre Seele und ließ die Augen trüber werden und die Lippen schmaler.

Der neue Mieter kam gewöhnlich erst abends aus dem Zentrum der Stadt zurück. Er arbeitete als Hilfschreiber in einem Büro des Magistrats. Da der Weg bis ans Ende der Brunnengasse ziemlich weit war, aß er zu Mittag in einem Gasthof in der Nähe des Rathauses.

Seit einiger Zeit saß er öfter während der Dämmerstunde am Klavier. Leise Melodien zogen in den niedergehenden Sommerabend. Draußen dämpften die Männer ihre Stimme oder gaben auch die Unterhaltung ganz auf. Sie verstanden die Musik nicht. In der Nachbarhaft kreischte ein billiges Grammophon Schlager und sinnlose Dialoge. Aber ihr Schweigen, während der junge Hausgenosse spielte, verriet doch ein bestimmtes Empfinden. Ernst Brückner war ihnen dafür dankbar.

Einmal, in den letzten Tagen des Juni, führte er das Geslecht der Töne in ein nordisches Lied. Den Text kannte er nicht; vielleicht gab es gar keinen dazu; aber in den dunklen Akkorden, dem sehnsüchtigen Sang der Melodie, lag es wie ein Märchen aus dem sagenhaften Land der Fjorde. Er spielte es an diesem Abend zweimal. Als er geendet, ging er langsam ans Fenster; es stand halb offen. Er sah hinüber nach dem Holzstapel am anderen Ende des engen Hofes. Ein Mädchen saß davor. Er kannte sie, begegnete ihr manchmal im Hause; so grüßte er flüchtig hinüber, und sie dankte ihm mit einer fast scheuen Bewegung.

Eine Zeit später spielte er daselbe Lied wie an jenem Juniabend. Im Zimmer war es schon dunkler als damals. Draußen im Hofe schien niemand mehr zu sein. Unwillkürlich dachte er an die stille Zubröckerin und sah sich nach dem Fenster um. Der Hof war leer. — Am nächsten Tage begegnete er ihr, als er das Haus verließ. Er sprach mit ihr, erzählte ihr, daß er gestern wieder das Lied gespielt habe, als sie vor dem Holzstapel saß. „Ich habe es gehört“, sagte sie. „Nicht im Hofe, weil das Fenster geschlossen war, draußen vor der Tür, im Ftur.“ — Ja, so neugierig sei sie nun einmal. —

Der Herbst kam. In den Winkeln der Gasse raschelte das Laub im Wirbel, saftes, schmuziges Laub, das der Wind von verkümmerten Bäumen herabtrieb. Ernst und Hilde saßen zusammen. Sie kam oft zu ihm. Das Tuscheln der Nachbarn war ihr gleichgültig. Ernst wunderte sich, weil Hilde sonst sehr empfindlich war, wie er bisweilen beobachtete, saß überempfindlich, und das bei Dingen, die sonst einen Menschen nicht sonderlich berührten. Er hatte sein Spiel eben beendet und stand ihr dicht gegenüber. Eine Ampel goß mattes Licht in den kleinen Raum. Hilde saß noch immer so, wie wenn sie zuhörte. Ihr Gesicht schien ihm schmaler geworden. Sie hielt den Kopf gefenkt, ein wenig nur, so, daß er die Augen sehen konnte.

An diesem Abend sprach Hilde, was sie nie zuvor getan hatte, von ihrem Leben. Sie zeichnete alles nach, was Ernst von dem arnseligen Stadtviertel nur teilweise kannte. Hinter den grauen Mauern und dunklen Höfen lagen die eigentlichen Ruinen, die man nicht sehen konnte, wenn man aus den breiten Straßen der Stadt hinaus in die Brunnengasse ging.

Während Hilde erzählte, ruhte Ernsts Blick unverwandt auf ihrem Gesichte. Nur dann und wann begleitete er das Spiel ihrer Hände mit seinen Augen. Es war leidenschaftlich. Einige Male sah sie sich wie erschrocken um; da nahm er diese Hände, und sie erzählte weiter. Immer mehr verlor er das Bild des Mädchens, das — es war doch nur wenige Monate her — damals im Hofe gesessen und zu ihm herüber gegrüßt hatte.

Hilde kam zu Ende. Sie schaute zu ihm auf. Ernst sah in das Gesicht einer Frau. Lange blieben sie beisammen und hatten einen freundlichen Gefährten: das Schweigen. — Draußen kam die Nacht gegangen.

Die Zeit verrann. Ernst spielte das nordische Lied. Stille lag im Raum; so fanden sich die Töne und flochten einen festamen

Kranz, der sich schimmernd um das Madonnenhaupt einer Mutter legte.

Ein knappes Jahr ging dahin. Ernst Brückner war im Winter nach einer anderen Stadt gezogen. Hilde hatte ihm bis in den Frühling hinein geschrieben. Dann blieben alle Briefe aus. Als er während des Urlaubs nach seiner Heimat fuhr, wählte er einen Umweg und blieb einen Tag in dem Industrieort. Wieder wanderte er die Brunnengasse hinaus. Die Gegend hatte sich verändert. Neue Häuser waren hinter die alten getreten, kleiner, aber heimlicher saßen sie aus, und doch fühlte er sich fremd. Er ging rascher; bald entdeckte er das alte Mietshaus, von einem der Neubauten zur Hälfte verdeckt. Die Bänke vor der Haustür waren leer. Ein alter Mann hakte im Hofe Holz. Ernst kannte ihn von früher her.

Der Alte befaß sich eine Weile. Dann meinte er freudig: „Ja, so . . . unser Musikant! — Ueber die üblichen Reden hinweg fragte Ernst nach Hilde: ob sie daheim sei. Der Alte sah ihn überrast an: „Ja . . . wissen Sie denn nicht . . .?“ — Ernst erzählte ihm, daß er seit Wochen keine Nachricht von ihr habe. Der Alte stellte die Axt beiseite und warf wie unwillig ein paar Scheite vom Pfost.

„Sie ist doch im Krankenhaus gestorben . . . das Kind auch. Besser so, viel besser so, denn der Vater hätte sich doch nicht um das Kleine gekümmert. — Sie kennen ihn nicht? — Stimmt schon, er kam ja damals nicht mehr zu ihr.“ Und mit einem traurigen Lachen legte er hinzu: „Vielleicht war ihm der Weg von der Kolonie draußen zu weit.“

Ernst unterbrach ihn: Hilde habe es ihm einmal erzählt, als er ihr vorgespielt. „Ja, das Lied, das mochte sie so gern. Wenn Sie es spielten, sah ich sie oft vor dem Fenster stehen; aber das ist wohl schon ein Jahr her?“ —

Ernst Brückner ging wieder in die Stadt zurück. Auf der Gasse spielten ärmliche Kinder am Sandhaufen eines Neubaus. Drüben, jenseits der Häuserreihen, verkündeten dumpfe Fabrikstreuen den Feierabend. Bald kamen die ersten Arbeiter die Straße herauf. Sie sprachen miteinander über Alltägliches, über die Arbeit, über die Not . . . wie gestern. D. F. Heinrich.

1. Preis: eine Frühlingsreise.

Von Ernst Germer.

Der junge Warenhausverkäufer hatte sich an einem Preisrätsel beteiligt; an einem sehr ernsthaften — dann hatte er es wieder vergessen; die ersten Preise, dachte er sich, gewinnen ja immer die andern. Aber diesmal war es anders gewesen. Noch bevor er seinen Namen las, also noch bevor die Ergebnisse des Preisrätsels veröffentlicht waren, teilte ihm seine Wirtin beim Abendessen mit, daß ein Herr nach ihm gefragt habe und am Abend nochmals wiederkommen werde. Was blieb übrig, als auf den Saugiergang durch den Vorfrühlingsabend zu verzichten und auf diesen merkwürdigen Mann zu warten, von dem er gar nicht wußte, was er mit ihm vorhaben könne. Er brauchte nicht lange zu warten. Der Mann kam wieder und teilte dem vor Erregung ganz blaffen Gewinner sein Glück mit: Reise nach Lugano und vierzehn Tage Aufenthalt in dieser süßlichen Stadt.

So war es zugegangen, daß dieser selbe junge Mann, mit seinem Frühlingsurlaub in der Tasche, nun am See von Lugano den schönsten Mai erleben konnte, den er sich jemals in der Fron seiner Arbeit auszumalen vermocht hatte. Palmen und süßliche Sonne, dazu die strahlende Bläue des Sees! Alles war von einer so unwahrscheinlichen Schönheit, daß der junge Mann mehr als einmal sich bei dem Gedanken entappte: Gleich schritt der Weder, ich wache auf, muß ins Geschäft, und alles war nur ein Traum! Aber immer noch kam das Schreien des Weders nicht, und immer länger zog der Traum sich hin, ohne dadurch an Kraft der Beglückung zu verlieren. Die steinernen Wächter San Salvatore und Monte Bré stießen unerschütterlich zu Seiten des blauen Sees; ihre Form, ihr Aussehen prägt sich unverlierbar der Erinnerung ein. Sie sind ein Teil dieses wunderbar schönen Landschaftsbildes. Und was ist dieser Abend am See in der Nacht von Lugano für ein seltsam großartiges Erlebnis! Das weite Halbbrunn der hellen, spiegelnden Lichter von Paradiso bis Cassarato und am Kai von Lugano ein buntes Leben.

Und wie tief ist im Gegensatz zu dem bewegten Bilde am Ufer der Friede der engen, stillen Straßen, in denen es dunkel und traulich ist.

Am Tage aber ist es wieder ein anderes Lugano; da weht in heller Sonne eine frische Brise vom See, und die Blätter der Palmen rauschen, anders als die Laubbäume dahel; es ist ein härterer Ton, so wie alles hier stärker, unmittelbarer ist. Und Agaven, Bebern, Kaffeen, Zypressen und Feigen sind, jeder einzelne Baum oder Strauch, ein Wunder für den, der sie noch niemals sah.

Der Tag hat noch eine andere schöne Stunde, das ist die Kaffeestunde auf der Piazza Garbino, wo man im Freien sitzt und Autos in allen Farben und Formen vorüberziehen sieht. Zeitungsausrufer murrnde Motorräder, ein Springbrunnen rauscht, und dunkeläugige, fröhliche Luganerinnen gehen vorüber, alle ganz ähnlich wie das junge Mädel, das den Kaffee serviert. Sie ist gesprächig und lustig, und es bleibt nicht aus, daß der junge Mann sie bittet, ihm einmal abends Gesellschaft zu leisten, wo sie dann in einer der gemütlichen Kneipen

finen und roten Glant trinken; der so süß und feurig durch die Kehle rinnt und das Blut wärmt. Dies junge Mädel spürt den Geist ihr arbeitenden und um sein Brot kämpfenden Menschen, und ihr Geplauder wird zum Gespräch.

Eines Tages schillt wirklich ein Weder, eines Tages muß ein junger Mann eilig aus dem Bett springen, im Stehen eine Tasse dünnen Kaffee trinken, zur Haltetelle hegen, im Laden stehen, Schickal von tausend und aber tausend Angestellten. Aber als jemand tiefblaue Seide verlangt und er die weichen Falten ausbreitet, denkt er an den blauen, blauen See von Lugano, und die Hände in den weichen Handschuhen sind die weißen Segelboote, die darüber hinglitten. „Bitte die Meter!“ Da muß er eine Schere nehmen und den blauen Lugano See zerschneiden, mitten durch, und dann muß er ihn wieder aufrollen und in ein sachliches Regal legen. . . . Am Abend aber steht in seinem Zimmer auf dem Tisch ein Kästchen: Muster ohne Wert (Eisenföndung). Und als er es öffnet, quillt ihm die Fülle goldener Winosen und schimmernder Marzifien entgegen. Das duftet! Und aus den Blüten meint er die dunklen Augen seiner kleinen Kameradin von dort unten lachen zu sehen.

Jules Valles.

Zu seinem 100. Geburtstag am 11. Juni.

In einem Briefe von Friedrich Engels an Eduard Bernstein aus dem Sommer 1881 findet sich ein sehr hartes Urteil über Jules Valles; „ein elender literarischer Phrasenmacher“ wird er genannt, der „aus Mangel an Talent unter die Kaufleute gegangen“ sei, „um in Tendenz zu machen und damit seine schlechten Belletristereien an den Mann zu bringen“. Wenn der große Freund von Karl Marx je, was einem Kämpfergeblüt so leicht widerfährt, im tiefsten Sinn ungerecht gewesen ist, so gegen diesen Franzosen. Denn von den beiden Vorwürfen wurde der eine: Mangel an Talent, durch Valles' Schriften, der andere: Erfolglosigkeit auf Kosten der Besinnung, durch sein Leben aufs gründlichste widerlegt.

Am 11. Juni 1832 kam Valles in Puy-en-Valay auf die Welt, um sie am 15. Februar 1885 zu Paris wieder zu verlassen. Was zwischen diesen beiden Daten liegt, ist, sofern man die allerersten Jahre in der Wiege und am mütterlichen Schürzenband abrechnet, eine einzige Revolte. Nach Beendigung seiner Gymnasialstudien nahm der ungebärdige Luvergnate zwar mehrfach einen Anlauf zu einer bürgerlichen Existenz; er war nacheinander Hilfslehrer in Caën, Gemeindefretär in Paris, Wochenplauderer eines Boulevardblattes, aber er verstand es nicht, sich einer Gesellschaft anzupassen, die er verachtete; er lag immer wieder gleich auf der Straße, und der einzige Beruf, dem er zeitlebens treu verblieb, war: Insurgieren. Er rebellierte jederzeit. Er rebellierte als Kind gegen die Zucht der Familie, als Schüler gegen den Stumpfsinn des Unterrichts, als Student gegen den Staatsreich Louis Bonapartes, als Republikaner gegen das zweite Kaiserreich, als Bohemien gegen die fette Tugend und zahlungsfähige Moral, als Künstler gegen die erstarrte Ueberlieferung, als Kommune-kämpfer gegen die „Ordnung“ von Versailles, als Flüchtling und Emigrant gegen Gott und die Welt. Diese Revolte war bei ihm individuell bedingt; weil er unter der Tyrannei der Eltern, der Lehrer, der Spießer, der Reichen gelitten hatte, schärfte sich sein Blick für die Leiden der anderen, und weil er von seinen dörflichen Altvordern her heißes, unverwässertes Bauernblut in den Adern hatte, lehnte er sich gegen die Despotie der Gesellschaft auf.

Mit Recht durfte er unter sein Photo die bittere Verse schreiben:

Jawohl, das ist das Groll- und Gramgesicht,
Das sie erschreckt: Sazon und Stuhwerkelt,
Doch, wenn das Volk die alten Ketten bricht,
Vielleicht der Straße gut gefällt.
Des armen Teufels Freund war ich seit je,
Der Dunkel kennt und Frost und Hungerwachen.
Wie war's nur möglich, dieses mein Porträt
Mit Sonnenlicht zu machen!

Das Herz dessen, der in den langen Jahren des Kunstzigeuner-tums das harte Brot des Glends hatte brechen müssen, hing leidenschaftlich an allen Unterdrückten, alle Getretenen, allen Zaungästen bei den prunkenden Gastmählern des Lebens, und von der Tiefe und Echtheit seiner Sehnsucht, es der Welt einmal mit Flintenschüssen zu sagen, wie miserabel gefügt sie sei, zeigte seine Teilnahme an der Kommunerregung von 1871. Er nannte sich Sozialist und war es in seiner Art, als Freischärler, mit dem Widerwillen gegen das Marschieren in Reich und Glied und ohne die Ahnung einer Theorie. Zur Not begeisterte er sich für Proudhon, den Ideologen des rebellischen Kleinbürgertums, und für Blanqui, den ewigen Verschwörer und Putschisten. Aber da sein Sozialismus als reine Temperamentsache einigermaßen in der Luft hing, konnte es nicht ausbleiben, daß Valles sich manchmal in Paradoxen berauschte, und in Puzelbäumen überschlug.

Sein Haß gegen die Ueberlieferung stürzte nicht nur die Götzen, sondern auch die Götter von ihren Altären. Er predigte Auflehnung gegen jede Aristokratie, selbst gegen die des Molieres? Ein Depp! Robespierre und Saint-Just? Hanswürste der Demokratie! Nieder die Toten! Und falls bei der kommenden Abrechnung des Enterbten mit den lachenden Erben alle Museen, alle Bibliotheken, alle Gymnasien in Flammen aufloderten, war er nicht weiter schade drum.

Aber trotz seiner Schrumen, die manchmal nur auf die Verblüfung des Pöbelbürgers abzielen, war Valles ein ganzer Kerl mit dem Herzen auf dem rechten Fieck und ein Meister des geschriebenen Wortes; sein Stilk ist voll Wucht und Schmiß, voll Farbe und Bewegung, seine Darstellungsart naturalistisch, ehe es einen Naturalismus, impressionistisch, ehe es einen Impressionismus gab. „Die Refraktäre“ heißt seine berühmteste Skizzenammlung; Refraktäre waren in den Kriegen des ersten Napoleon die Bauernburschen, die sich, um der Aufhebung zu entgehen, in die Wälder schlugen; Valles schildert die Refraktäre der Großstadt, die Außenseiter der Gesellschaft, die Defaksterten der Boheme, deren trohiges und verzweifertes Leben er selbst geführt hatte. Sein Unsterblichstes aber gar er in dem dreibändigen Entwicklungsroman „Jacques Vingtras“, der mit einer Eindringlichkeit und Anschaulichkeit sondergleichen die Etappen seines eigenen Erdenganges in Wahrheit und Dichtung festhält; der erste Band umfaßt das Martyrium der Kindheit und Jugend im Elternhaus, der zweite die Jahre auf dem Pariser Pflaster in Süß und Sauer, der dritte die Kommune, „die große Konföderation der Leiden“, die er ersehnt und ermarlet hatte, „seit der ersten Grausamkeit des Waters, seit der ersten Ohrfeige des Pauters, seit dem Tag ohne Brot und der ersten Nacht ohne Obdach“. Daß außer gelegentlichen Bruchstücken von diesem großen Kunst- und Menschenwerke keine deutsche Uebersetzung vorliegt, während so viele fremde Mächtigkeiten eifrig in unsere Sprache gewendet werden, ist ein Jammer und eine Schande.

Paris ehrt heute den Verfasser des „Vingtras“, unter anderem durch Anbringung einer Gedenktafel an seinem Sterbehause. Paris ehrt den nie ermattenden Fiedler für die Freiheit schon vor sieben- undvierzig Jahren, denn nach einem Abschnitt erzwungener Kirchhofsrufe und politischer Teilnahmslosigkeit wurde sein Leidenbegänis zur ersten gewaltigen Heerschau derer, die der herrschenden Ordnung offen oder geheim den Krieg erklärt hatten. Zehntausende folgten dem Sarg, Hunderttausende drängten sich in den Straßen, schweigend, finster, drohend — Jules Valles' Rebellenherz hätte bei dem Anblicke gelacht. Hermann Wendel.

Sozialistisches Wandern.

Bemerkungen zu Dieß' „Arbeiter-Reise- und Wanderführer“.

Im Verlag J. H. W. Dieß Nachf., Berlin, ist unter der Redaktion Friedrich Wendels ein „Arbeiter-Reise- und Wanderführer“ erschienen, der sich nach dem Untertitel zu Aufgabe stellt, „ein Führer für billige Reize und Wandern“ zu sein. Der Führer, als dessen erster Vorzug der niedrige Preis vor 2 Mark genannt werden kann, ist bei 450 Seiten handlich und erstaunlich inhaltsreich. Zunächst überraschen die geschickt zusammengetragenen technischen Aufgaben. Obgleich sie als Reisevorbereitungen gewissermaßen nur Nebenache sind, ist es doch von Nutzen sie handbuchartig beieinander zu wissen.

Wir finden ausführlich die „Urlaubsregelung für Arbeiter und Angestellte“ und die Bestimmungen für „Fahrpreisermäßigungen der Reichsbahn“ mit praktischen Erläuterungen abgedruckt. Für die Frage der Unterkunft sind die Bemerkungen über die Benutzung der Jugendherbergen ebenso nützlich wie die Verzeichnisse der Jugendherbergen, der Naturfreundehäuser, der Gewerkschafts- und Volkshäuser und der gewerkschaftlichen Ferienheime. Mehrere Abschnitte beschäftigen sich mit technischen Vorbereitungen einer Reise oder mit praktischen Wissensgebieten für Wanderer und geben dadurch Fingerzeige, die Wanderung möglichst gemwinbringend, erlebnisreich und billig zu gestalten, wie z. B.: „Unabhängig vom Gasthaus“, wo genaueste Angaben über die Eigenanfertigung von Zelten, und „Arbeiterwandern und Photopost“, wo Fingerzeige für Ankauf und Ausnutzung eines Photoapparats gegeben werden.

Ebenfalls von großem Wert für den Arbeiter-Wanderer sind die Ausführungen über „Reisen und Wandern im organisierten Gesellschaftsverband“. Hier wird vom Sinn und Zweck der „Reiseabteilung des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit“ und von der Tätigkeit des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ gesprochen. „Die Freunde der internationalen Kleinarbeit“ verweisen auf die gerade für den Sozialisten wichtigen Auslandsreisen und ihre praktische Organisierung. Weitere Abschnitte berichten von der „Reiseabteilung des Ortsausschusses Leipzig des A.O.B.“, vom „Gemeinnützigen Verkehrs- und Reiseverein Groß-



Hamburg" und vom Wandern in der Sozialistischen Arbeiterjugend". Es wird auch auf das Radwandern im "Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerband Solidarität" und auf das Wasserwandern des "Freien Segler-Verbandes" und der "Freien Faltbootfahrer" hingewiesen, so daß schon dieser Ueberblick mit seinen vielen praktischen Angaben zeigt, wie sehr bereits in der Arbeiterschaft das Wandern und das organisierte Reisen üblich geworden ist.

Der Hauptteil des Wanderführers bringt nun auf rund 350 Seiten ausführliche Beschreibungen von insgesamt 54 Wanderfahrten zu Lande und zahlreiche Fahrten zu Wasser. Sie geben wirklich eine Auswahl der schönsten und interessantesten Reisen und Wanderungen durch Deutschland und die österreichischen Alpenländer. Meist sind 7 oder 14 Tagesstouren zugrunde gelegt, entsprechend der Urlaubsdauer der Arbeiter und Angestellten. Die Ausarbeitung der Wanderfahrten ist so erfolgt, daß immer eine Weiterführung durch das Nachbargebiet in Anschlußstouren möglich ist. Dadurch ist es dem Wanderer an die Hand gegeben, seine Ferienfahrt selbst auszubauen.

Die einzelnen größeren Wandergebiete sind jeweils von Kennern dieser Landschaft beschrieben. Begreiflicherweise ist dadurch die Art der Bearbeitung ungleich. Es ist hierbei der Redaktion leider nicht gelungen, eine einheitliche Grundlinie durchzusetzen, trotzdem Arthur Crippien das Stichwort hierzu gegeben hat, indem er im Beileitwort fordert, daß dem wandernden Arbeiter die Sehenswürdigkeiten „in einer der Wirklichkeit entsprechenden Art und Weise nahegebracht, verständlich gemacht werden, das heißt, daß sie als geschichtliche Denkmale, als Ergebnisse der gesellschaftlichen Betätigung ihrer Zeiten gewürdigt werden". Diese Forderung ist freilich sehr schwer zu erfüllen, denn sie verlangt eine Darstellung des lebendigen Zusammenwirkens von Landschaft, Technik und Gesellschaft, und zwar dialektisch und dynamisch gesehen. Oder anders ausgedrückt: an den Sehenswürdigkeiten, also an dem, was in der Landschaft, in den Städten, der Wirtschaft, der Technik, der Kunst usw. wert ist, gesehen zu werden, soll klar gemacht werden, wie die Stadt oder die Landschaft als Kulturlandschaft, als Ausdrucksform menschlichen Willens und gesellschaftlichen Handelns entstanden ist und warum sie so geworden ist, wie der Reisende sie sieht. Aber der Wanderer soll auch nicht mit langatmigen geschichtlichen Darlegungen belästigt werden, eine geschickte Auswahl des Wesentlichen muß in Verbindung mit dem, was zu sehen ist, alles nötige sagen.

Demgegenüber müßten nach großen Gesichtspunkten immer wiederkehrende Erscheinungen herausgearbeitet werden, beispielsweise die Grundriszentwicklung der Städte; die sozialen Ausdrucksformen in den Wohnvierteln des Handels, des Bürgertums, der Proletarier, die Städtegestaltung der Dynastien und der neuen Zeit, das Gegeneinander und Miteinander von Stadt und Land, von Handel und Verkehr, von Landschaftsformen und Siedlungsform. Bei den Wanderungen über Land ist es angebracht, aus der Werkstoff der Natur zu plaudern und die Wanderwege zugleich so zu wählen, daß man auch von den Bewohnern dieser Gebiete etwas sieht und hört. Denn meistens reisen doch Städter, denen das Dorf fremd ist, und nur selten flieht einer hinaus, um nur die Einsamkeit zu suchen.

Mit dieser Kritik an der Auswahl des Stoffes und seiner Darstellung darf gleich eine Kritik der Methodik des Wanderns verbunden werden. Es entspricht nicht dem sozialistischen Erziehungsideal, Menschen mit genauest ausgearbeiteten Wegroulen durch Städte und Landschaften zu dirigieren. Wie sich die Kinderfreunde, die weltlichen und die Aufbauschulen übereinstimmend bemühen, den Menschen selbständig werden und handeln zu lassen, muß auch auf Wanderungen und Reisen jede Bevormundung unterbleiben. Der Reiseführer soll alle Winke für die technische Vorbereitung geben, soll durch gute Landschafts- und Städtebilderungen die Auswahl des Reiseziels ermöglichen und auf der Wanderung selber beraten, helfen, führen, nicht aber zwingen und dirigieren. Jeder Mensch muß sich, nachdem er angeregt und beraten wurde, seine Schätze doch selber erwandern.

Die zahlreichen Abbildungen sind geschickt ausgewählt und geben einen Begriff von dem Charakter des jeweiligen Reiseziels.

Dem Verlag gebührt Anerkennung und Dank, mit dem sozialistischen Wanderführer den Schritt in neues Land gewagt zu haben, noch dazu in wirtschaftlich schwerer Zeit. Alle Freunde des Wanderns werden „Die Arbeiter-Reise- und Wanderführer" willkommen heißen und durch ihn dem Arbeiterwandern neue Freunde gewinnen, ihrerseits dazu beitragend, daß auch das Schrifttum für diesen Zweig der Arbeiterbewegung ausgebaut wird.

Wissen Sie schon?

Der Kermekanal wurde im Jahre 1785 zuerst von einem Ballon überflogen; der erste Schwimmer durchquerte ihn 1875, ein Flugzeug überflog ihn im Jahre 1909, ein Paddelboot machte die

Ueberfahrt im Jahre 1930, während ein Mann auf Wasserflößen im Jahre 1931 das Gewässer überfritt.

Die Ärzte haben festgestellt, daß es weniger Lungenkranke geben würde, wenn jedes Kind richtig atmen lerne. Unter Sängern findet man nur sehr selten Fälle von Lungenkrankheit. Es kommt nicht so sehr auf die Beschaffenheit der Luft an, die man einatmet, als auf die Art des Atmens.

Humor

Er darf nich.

Im vierten Stock ist Mord und Totschlag; wenigstens hört es sich so an.

Eine Frauenstimme gellt. Die Hausbewohner laufen zusammen, meist Weiber.

Was ist geschehen?

Nichts Besonderes.

Der Maurer Raschig ist wieder einmal bezecht heimgekommen und trachtet seiner Frau nach dem Leben.

Ein schönes Bild fürwahr!

Frau Raschig schlägt wild um sich und brüllt Zetermordio, der Maurer suchtelt mit einem Fleischprader, Frau Raschig verbarrikadiert sich hinter Bockleiter und Küchentisch, Herr Raschig schmetzt mit einem Zinnteller.

Zwei hinzupringende Hausgenossen versuchen, den Wüterich zu beschwichtigen.

Eine dritte stößt hinunter auf die Straße, um einen Schutzmann zu holen.

Seltamerweise ist einer zur Stelle.

Seelenruhig hört er sich an, was die aufgeregte Weibsperson berichtet.

Dann folgt er ihr gemächlich und mit erhebender Gravität.

Die Kraft der zwei Frauen ist inzwischen erlahmt, Herr Raschig hat Bockleiter und Tisch beseitigtgestoßen und will sich soeben mit geschwungenem Taschenmesser auf seine Gemahlin werfen, wobei er unablässig die Worte leucht:

„Werde, mei Daibjn, jedz mach dj galld!"

Der Schutzmann zuckt mit keiner Muskel.

In eherner Ruhe schaut er sich den Vorkall an.

Vier Weiber stehen um Hilfe.

Er öffnet den Mund und spricht: „Eh gee Bluhd ftehd, därf ich nich einschreihdn!"

Und sitzet gemächlich und mit erhebender Gravität davon, um in aller Seelenruhe zu warten, bis das erforderliche Blut geflossen ist.

Aus „Sächsishe Miniaturen", Band 2, von Hans Reimann.

In der Schule. „Unter einer Sage", erklärt der Lehrer, „versteht man eine Erzählung, der eine wahre Begebenheit zugrunde liegt, die aber durch Phantasie stark ausgeschmückt ist. Kennt mir einige der bekanntesten Sagen." — „Die Nibelungen Sage!" — „Gut, weiter!" — „Die Frithjof-Sage!" — „Gut! Pechte, du jeht!" — „Die Wettervorhersage!"

Alles für die Kunst. Kitty ist Schauspielerin. Kitty will Karriere machen. Seht alles daran, die Aufmerksamkeit ihres Direktors auf sich zu lenken. Bis es endlich gelingt. Nach einer längeren, zärtlich-angeregten Unterhaltung verläßt Kitty freudestrahlend die Direktionskanzlei, und am nächsten Morgen übergibt ihr der Theaterdiener die Rolle . . . Die heißersehnte Rolle! Drei Sätze im letzten Akt. Kitty ist zuerst sprachlos. Dann liest sie die drei Sätze — dann setzt sie sich nieder und meint nachdenklich: „Seht möcht' ich nur wissen — wofür man eigentlich eine Hauptrolle bekommt?"

Vom Tage. In diesem Sommer hat die Reichsbahndirektion Essen als erste in Deutschland sogenannte „Ueberraschungsonderzüge" eingerichtet. Sie spielen den Reiz des unbekanntem Zieles als Werbemoment aus. Morgens fahren die Züge hinaus aus den Städten ins Grüne; aber keiner der Mitfahrenden, außer dem Lokomotivführer, weiß das Ziel. Auch Berlin will zum System des Ueberraschungsonderzuges übergehen. — Adolf Hitler ist bereits zum Lokomotivführer vorgesehen. Der Reiz seines Ueberraschungsonderzuges ist noch größer: der Führer weiß das Ziel selber nicht.

„Haben Sie irgendeinen heißen Wunsch?" fragte der Hypnotiseur den auf die Bühne gekommenen Versuchsmann. — „Ja — ich möchte mal bei meinem Gerichtsvollzieher pfänden lassen!"

„Ihr Gatte hat einen neuen Anzug an, nicht wahr, gnädige Frau?" — „Ganz und gar nicht!" — „Aber er sieht mir so verändert aus!" — „Ja, es ist ein neuer Mann!"

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tagesblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis monatlich 1.80 Mark einschließlich Fringerlohn, bei Selbstabholung 1.60 Mark. Gehört wöchentlich fest zum mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion und Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Raul Weber, O. M. B. O. Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Arthur Wollenbütt, für den lokalen Teil: Wilhelm Rindermann, für Werbung und Galerie: Karl Treff, sämtlich in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achteckige Kolumnelle ober deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeige 10 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Abgabe vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Nachnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postfach 60. Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Eitelgerolds) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 132

Mittwoch, den 8. Juni 1932

7. Jahrgang

Linkskurs in Frankreich.

Herriots Programm. — Gemeinsame Vertrauenskundgebung der Radikalen und Sozialisten mit großer Mehrheit angenommen.

Paris, 7. Juni. (Eig. Drahtf.)

Die Regierung Herriot hat sich am Dienstag nachmittags dem Parlament vorgestellt. Im Senat verlas Suffiziminter Renaux, in der Kammer Ministerpräsident Herriot die Regierungserklärung. Vorher hielten in beiden Häusern die Präsidenten Comeney und Bouillon ihre Antrittsreden. Das Haus und die Tribünen waren außerordentlich stark besetzt.

Kammerpräsident Bouillon machte in seiner Antrittsrede unter großem Beifall der Linken folgende Anspielungen auf die Ereignisse in Deutschland:

„An der umfangreichen antidemokratischen Verschwörung, die sich von Land zu Land in der Welt zu organisieren scheint, nimmt Frankreich nicht teil. Wenn auch eine Krise seinen materiellen Interessen abträglich sein könnte, so würde es doch nicht an der Wahrheit von Grundfragen zweifeln können, die zugleich auf der Vernunft und der Erfahrung beruhen. Das parlamentarische Regime schließt weder den Appell an die Einbildungskraft noch die Suche nach neuen und hüben Lösungen aus. Gerade in schwierigen Zeiten kann sich das parlamentarische Regime am wirksamsten zeigen. Das Parlament vermag viel, wenn es das Instrument des Volkswillens bleiben will. Aufgabe des Parlamentes ist es, ein Beispiel für die Weisheit und Selbstbeherrschung zu geben.“

Herriot

verlas anschließend eine Botschaft des Präsidenten Lebrun, in der die Treue zur Verfassung beteuert wurde und anschließend eine sehr lange

Regierungserklärung.

aus der folgende Stellen zu erwähnen sind: „Die neue Regierung ist gebildet, um den Interessen Frankreichs nach den ebemaligen Traditionen unserer Demokratie, die sie auf jede Art verteidigen wird, und im Einvernehmen mit einer internationalen Ordnung zu dienen, deren Ausbau für sie notwendig hält, um die höchste Wohlfahrt, den Frieden, zu garantieren. (Großer Beifall links und in der Mitte. Am Andern lesen wir einer sehr ernsten finanziellen Lage gegenüber. Die unermesslichen Opfer, die jeder einem fürchtbaren Schicksal entgegen zu stehen muß, werden nach einem Plan der Gleichheit und Gerechtigkeit vorgeschlagen werden, der den Gesetzen der Demokratie entspricht. (Großer Beifall links und in der Mitte). Wir wollen der Arbeiterchaft ihre Rechte garantieren. An dem

Appell vor allen Gewerkschaftsvertretern

festhaltend, glauben wir, daß die Republik alle Anstrengungen begünstigen und leiten muß, die dazu bestimmt sind, eine bessere internationale Organisation der Arbeit zu schaffen. Wir werden an den fundamentalen Grundfragen der Sozialversicherung nicht rütteln lassen. Mehr aus moralischen als aus politischen Gründen werden wir

dem Arbeiter zu Hilfe kommen, der seines Brotverdiens bedrängt ist.

Wir haben daher bereits jetzt beschlossen, die sechsmonatige Grenze für die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung abzuschaffen. (Großer Beifall links.) Wir halten uns für verpflichtet, den wirtschaftlichen Arbeitlosen und den Bürgerarbeitern die notwendigen Unterstützungen zu gewähren. Die Sozialversicherung nach uns unserer Ansicht nur auf Gerechtigkeit und Solidarität aufgebaut sein. Auf geistigem Gebiet bleiben wir

der weltlichen Schule treu

und wollen schon jetzt die Unentgeltlichkeit des sogenannten Mittelschulunterrichts einbringen, um allen Kindern Frankreichs den Weg zum Wissen zu öffnen. Zum Zweck der Beschaffung werden wir einen Kammereinstwurf für politische Vergehen einbringen.

Zuf. außenpolitischem Gebiet

wird sich die Regierung von der so dringenden Notwendigkeit leiten lassen, den Frieden auf einer allgemeinen Organisation Europas und der Welt aufzubauen. Sie wird alles, was in ihren Kräften steht, tun, um an der politischen Entspannung, der landwirtschaftlichen Verständigung und der moralischen Erziehung beizutragen.

Was die Reparationen anbetrifft,

so kann Frankreich nicht Rechte bestreiten lassen, die sich nicht nur aus Verträgen, sondern aus vertraglosen Einigungen, ergeben, welche durch die Chronologik der Unterfertigung geschützt sind. (Beifall in der Mitte und rechts.) Die Ruhe muß wiederhergestellt werden, wenn man sich darüber Redenshaft ablegt, daß es Regierungen wie die umfrage gibt, die in den Geistes und in den Taten den Friedenszustand schaffen wollen, die einen aufrichtigen Appell an

alle Gewissen richten und die alle diejenigen zu sammeln suchen, die mit uns der Meinung sind.

Daß der Krieg ein ungeheures,

gegen das Völkerverständnis verübtes Verbrechen ist. Für dieses Verbrechen bitten wir um Ihr Vertrauen.“

Die Regierungserklärung fand auf der Linken lebhaften Beifall.

Der Kammerpräsident verlas anschließend eine von den Abgeordneten Hesse und Schmidt eingebrachte Tagesordnung, die von den Radikalen und Sozialisten

ausgearbeitet worden war und folgendermaßen lautete: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie hat zu der Regierung das Vertrauen, daß sie eine Politik befolgt, die dem kürzlich von der Mehrheit des Bundes ausgedrückten Wunsch entspricht, keinen jeden Zufall ab und geht zur Tagesordnung über.“

Am Namen der radikalen Linken erklärte der frühere Minister Laurent Ennac, daß seine Partei für die Regierung stimmen werde.

Leon Blum

legte dann die Gründe auseinander, aus denen die Sozialisten für die Tagesordnung stimmen würden. Er erklärte, die Regierung Herriot sei auf Grund der Wahlen gebildet worden, die zu der Zerschmetterung der Parteien der sozialen Reaktion geführt habe. Das sei die Sanktion dieser Schmach und die Sozialisten, die an ihr einen bedeutenden Anteil genommen haben, würden für die Regierung stimmen, weil sie in ihren Augen diese Sanktion verleihe und weil sie glauben, daß die Vorteile aus diesem Siege gezogen werden können. Die Sozialisten möchten nicht verschmähen, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und ihnen weiter bestehen können. Die Sozialisten hätten weder ihre Meinung über die neue Regierung, die den internationalen Verhandlungen gegeben werden müsse, noch über die Maßnahmen verändert, die zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zur Beseitigung des Defizits ergreifen werden müssen. Sichtlich könnte das Zentrum und die Rechte ihre Stimmzettel mit denen der Sozialisten vereinigen, aber selbst unter dieser Voraussetzung seien die Stimmen

der Sozialisten gegen das Zentrum und die Rechte gerichtet. (Beifall links.) Die Sozialisten würden jedesmal für die Regierung stimmen, wenn sie durch ihre Handlungen den Willen zum Ausdruck bringen, die Wählerchaft befähigt habe. (Beifall links.)

Am Laufe der Debatte über die Regierungserklärung kam es zu einer

schärfen Abgrenzung Herriots mit Tardieu. Dieser hatte an den Ministerpräsidenten die Frage gerichtet: „Wenden Sie in Genf an dem von mir verteidigten Standpunkt in der Abrüstungsfrage festhalten?“

Herriot erklärte, er habe die Doktrinen der Regierung in bezug auf die Abrüstung mit genügender Klarheit in der Regierungserklärung auseinandergesetzt. Er halte an der These der Sicherheit fest, die Tardieu nur von ihm übernommen habe. Klarer könne er sich im Augenblick nicht ausdrücken. Er wolle sich auf keine weitere Debatte darüber einlassen und er möchte sich lieber als Regierungschef selber Unrecht zusprechen, als die Interessen des Landes schädigen. Wenn Tardieu glaube, daß die Erinnerung an seine Wahlkampagne glücklich gewesen sei, dann könne er sich. Am übrigen Frage er, warum Tardieu immer nur von dem Kartell der Radikalen und Sozialisten sprechen wolle, wenn er seinen sehr leicht fallen. Aber er beherrschte sich und wurde schweigen. Es wurde jedoch ein Tag kommen, an dem der Finanzminister die Tribüne bestiegen und sein Schweigen erklären werde.

Die Rede Herriots wurde mit förmlichem Beifall von der Linken aufgenommen.

Links gegen rechts.

Mit 300 gegen 152 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Paris, 8. Juni. (Eig.) Die französische Kammer sprach im Anschluß an die Ausrede über die Regierungserklärung dem neuen Kabinett mit 300 gegen 152 Stimmen das Vertrauen aus. Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß die gesamte Linke, von den Sozialisten bis zu den Radikalen, für die Regierung, die Linkspublizisten und die Rechte gegen sie gestimmt haben. Die hinter der Regierung stehende Mehrheit ist also eine reine Einheitsmehrheit.

Das braune Heer.

Die Prätorianergarde der Barone.



in der Reichs-Rummer AI 3784. Halbkreisabgabe. Im zur ein Begleitmann, von Papen einen Bes. Erblisch, nach an des Autos, selbstber. und wer war höchst eigener Person. ist vorzüglich sein Ge. seiner Auftraggeber. gen schon des Häufels

Mäntel sein ebenfalls braun gehalten. Die SS trage dieselbe Uniform wie die SA, nur seien ihr Waffenrock und Lederzeug schwarz. Sonntags werde außer Dienst eine lange schwarze Hose getragen. Mähe schwarz mit Totenkopf.

Für die Reutifizierung der SA scheint auch in einer Zeit, in der die Polizei ihre alten Mäntel und Uniformen aufräumen muß, Geld genug da zu sein.

Die Zulassung einer so vollkommenen Privatarmee, bemerkt der „Vorwärts“ zur Meldung der Hugenberg-Presse, wäre ganz einfach ein Verbrechen gegen den Staat und alles Blut, was von ihr vergossen wird, käme über das Haupt einer Regierung, die ihr die Erlaubnis zum Marschieren gibt.

Papens Notverordnung.

Die Notverordnung über den Gesamtanleger der Arbeitslosenhilfe wird, wie die Rechtspreffe mitteilt, für Anfang nächster Woche erwartet. Die Idee einer Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungsweige sei in den Hintergrund getreten gegenüber der Möglichkeit der Reichsanstalt, die Kontrolle über die Gemeinden aber Härter herauszugeben und vor allem die Unterstützungsätze, die in den einzelnen Versicherungsarten zwischen 54 und 60 Mark im Durchschnitt lagen, weiter zu senken. Die Grippehilfe, die dadurch ermöglicht würden, seien sehr beträchtlich. Von der sofortigen Einführung einer Bedürftigkeitsprüfung sei Abstand genommen. Das Kabinett werde nicht die ursprünglich geplanten Beschäftigungssteuer einführen, aber eine ähnliche vielleicht nur andererseits benannt und statt zum 1.5 Prozent nur auf 1 Prozent bemessene Abgabe, die gleichfalls von allen Beamten und benehnten Personen erhoben werde. Der neue Etat werde in einer besonderen Notverordnung geregelt.

Der langen Rede kurzer Sinn ist. Es wird nicht reformiert, es wird nur an den Bestellungen abgebaut.